

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Geschäftsleiter:**  
Gris Nitzsche, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhof 4194-4195



**Stabschef für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Telefon: Copenius

Die Zeitung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Bewilligung gestattet. Rückgabe kostenfrei 4 Wochen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Druckerei für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 7. Okt. 1931

Brüning am Ende?

Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Die Volkspartei als Steigbügelhalter Hitlers und Hugenbergs.

SPD. Die Regierung Brüning ist zurückgetreten. Nicht aus eigenem Willen, sondern unter dem Druck kleiner Interessentenhäufen.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler sofort mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Ein Zeichen, dass er dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik nach wie vor volles Vertrauen schenkt. Immerhin ist Brünings Auftrag aus politischen Gründen begrenzt. Der Reichspräsident wünscht kein Kabinett auf parlamentarischer Basis. Er will eine Regierung ohne parteimässige Bindung, ein Kabinett aus Politikern mit Männern der Wirtschaft, die sein persönliches Vertrauen geniessen. Aber was ist damit erreicht? Jede Regierung bedarf nach der Verfassung des Vertrauens des Reichstags. Dem kann natürlich auch dadurch entsprochen werden, dass eine Mehrheit des Reichstags alle gegen die Regierung vorliegenden Misstrauensanträge ablehnt. Uebrigens ein Verfahren, das in den letzten Jahren wiederholt durchgeführt und von massgebenden Juristen als durchaus verfassungsmässig bezeichnet worden ist. Die Frage ist nur, ob eine derartige Mehrheit im Reichstag vorhanden ist oder nicht.

Im Augenblick ist die Regierung noch garnicht gebildet, sind nicht einmal die Vorbesprechungen des Reichskanzlers mit den als Minister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten beendet. Ausser dem früheren preussischen Ernährungsminister Professor Dr. Warmbold hatte bis Mittwoch-Abend keiner der Ministerkandidaten dem Reichskanzler eine bindende Zusage zur Mitarbeit erteilt. Der Generaldirektor der J.G. Farben Schmitz, der als Verkehrsminister ausersehen ist, wird wahrscheinlich überhaupt ablehnen. Auch der frühere Reichswehrminister Gessler, der als Innenminister in Frage kommt, scheint zu der Uebernahme dieses Amtes unter den gegebenen Umständen wenig Neigung zu haben. Es ist also noch alles in Fluss. Und trotzdem ist die Volkspartei dem Reichskanzler bereit, in den Rücken gefallen noch ehe er ernsthaft daran gehen konnte, den Auftrag des Reichspräsidenten durchzuführen. In einer parteiamtlichen Erklärung stellt sie fest, dass es keinen Zweck hat, das Kabinett mit einigen Korrekturen auf der alten Grundlage wiederherzustellen. Der Kampf um die Neuregelung der ausserpolitischen Belastungen werde am besten dadurch entgiftet, dass auch die Kreis der nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit übernehmen.

Diese Absage an Brüning ist gleichbedeutend mit der Schwenkung der Volkspartei zu Hitler und Hugenberg. Nach der parteipolitischen Entwicklung der letzten Zeit und den wiederholten Verhandlungen zwischen Dingeldey, Hitler und Hugenberg war von der Volkspartei nichts anderes mehr zu erwarten. Ihre Schwenkung ist von langer Hand vorbereitet. Sie erfolgte einmal in der Ueberzeugung, dass die Volkspartei nur noch als Bundesgenosse der Nazis zu erhalten ist und nicht gegen sie, also aus rein parteipolitischen Gründen. Aber entscheidend für die Schwenkung war schliesslich der Druck der Schwerindustrie und der schwerindustriellen Abgeordneten innerhalb der Deutschen Volkspartei.

Sie wollen los von dem Gewerkschaftler Brüning, weil sie los wollen von den Tarifverträgen, überhaupt von der Sozialpolitik. Als treuer Diener seiner Geldgeber hat Dingeldey pariert. Nicht zuletzt in der stillen Hoffnung eines Tages selbst die Führung der Rechtsregierung übernehmen zu können.

Parlamentarisch gesehen, bedeutet die parteiamtliche Erklärung der Volkspartei, die nach unseren Informationen auf Herrn Dingeldey persönlich zurückgeht, dass eine neue Regierung Brüning im Reichstag ebenso wenig eine Mehrheit hat, wie die erste Regierung Brüning ohne Curtius eine Mehrheit gehabt hätte. Nun haben wir Erklärungen und Beschlüsse der Volkspartei bisher im allgemeinen nicht hundertprozentig genommen. In entscheidenden Situationen haben die massgebenden Faktoren der Volkspartei wiederholt ihre Beschlüsse von heute auf morgen revidiert. Aber werden Dingeldey und seine Einpeitscher auch diesmal zurück können? Werden sie sich eines anderen besinnen, sobald die Auflösung des Reichstages in unmittelbare Nähe gerückt ist und sie Gefahr laufen, von den Nationalsozialisten völlig aufgerieben zu werden? Uns scheint, dass sie diesmal selbst wenn sie wollten - nicht zurückkönnen. Sie sind bereits zu sehr Sklaven von Hitler und Hugenberg.

Was aber, wenn Brüning im Reichstag weder eine Mehrheit für ein Vertrauen votum, noch eine Mehrheit gegen die Misstrauensanträge erhält, wenn er parlamentarisch fällt? Wird er den Kampf aufnehmen oder abtreten, wird er den Reichstag nach Hause schicken und nochmals an das Volk appellieren oder was sonst? Als Brüning den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung vom Reichspräsidenten erhielt, musste er sich über die parlamentarische Lage seines neuen Kabinetts bereits im klaren sein, zumal der Volksparteiler Dingeldey ihm am Tage zuvor eine Absage erteilt hat. Das Gleiche nehmen wir von dem Reichspräsidenten an. Wir schliessen daraus, dass beide das Feld nicht kampflös räumen wollen.

Kein Zweifel, dass die Dinge auf des Messers Schneide stehen. Die Flucht der Volkspartei in das Lager der ausgesprochenen Sozialreaktion hat uns der seit langem drohenden Schlacht um die Entscheidung, ob Deutschland eine sozial Republik bleiben oder unter den Einfluss von Dilettanten aller reaktionären Schattierungen gelangen soll, um ein grosses Stück näher gebracht. Schon steht die "nationale Opposition" unter der Führung Hitlers und Hugenbergs im Begriff sich zu organisieren um ihre Schlagkraft zu verbessern und ein Regime der Reaktion ähnlich dem Faschismus in Italien mit all seinen Gewalttaten aufzurichten. Ihr Kampfruf richtet sich in erster Linie gegen die grossen Gewerkschaften aller Richtungen als den Vorkämpfern und Trägern der deutschen Sozialpolitik. Die Konsequenz daraus muss die Schaffung eines Blockes aller freiheitlich und sozial gesinnten Werktätigen sein, der entschlossen ist, dem Block der schlimmsten und brutalsten Reaktion das Feld nicht kampflös preiszugeben.

-----

SPD. London, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das historische Ereignis der Auflösung des Unterhauses verlief ohne jeden äusseren Prunk. Das Parlamentsgebäude war leer, nur einige hundert Mitglieder wohnten der Verlesung des Auflösungsbeschlusses und der Verlesung der Botschaft des Königs bei. Die Mehrzahl der Abgeordneten ist bereits mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. MacDonald wird in Seaham, vielleicht aber auch in London kandidieren.

Das Wahlmanifest des Ministerpräsidenten wurde am Mittwoch-Abend veröffentlicht. Es fordert für die Regierung freie Hand. In der augenblicklichen Notlage müsse die Regierung frei sein, jedes politische Mittel, das sie als notwendig erkannt habe, anzuwenden: Zölle, Exportförderung, wirtschaftliche Verträge mit den Kolonien und eine Geldpolitik, die das Vertrauen zu befestigen geeignet sei. Auf internationalem Wege sollen einige Probleme in Angriff genommen werden, die zu den wirksamsten Ursachen der Wirtschaftsnot gehören, nämlich die Reparationen und die Kriegsschulden. Um die nötige Freiheit zu haben, sei nationale Einigkeit aller Parteien notwendig, aber niemand könne sich im Voraus auf gewisse Massnahmen festlegen.

SPD. Hamburg, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Bergmann hat dem Vorstand der hamburgischen Landesorganisation der SPD mitgeteilt, dass er sich den Spaltern nicht anschliessen werde, sondern in der Sozialdemokratie verbleibe. Die seinerzeit von ihm unterzeichnete Erklärung in dem Organ der Oppositionellen habe er lediglich als einen Protest aufgefasst. Nur in diesem Sinne habe er ihr zugestimmt. Leider sei in der Erklärung ohne seine Kenntnis eine Änderung vorgenommen worden. Bergmann stellt deshalb ausdrücklich fest:

"1) Ich habe keine Beziehungen zu den Trägern von Sonderorganisationen. Den Schritt der Gruppe Seydewitz-Rosenfeld billige ich keineswegs sondern bedaure ihn. 2) Mitarbeiter der "Fackel" war und bin ich nicht gewesen. Dasselbe trifft auch auf die "Roten Bücher" zu. Die Werbung für die "Marxistische Büchergemeinde" habe ich bereits aufgegeben und werde sie nicht wieder aufnehmen

SPD. Das englische Unterhaus ist am Mittwoch aufgelöst worden. In weniger als drei Wochen werdendie Wähler Grossbritanniens bereits zu den Wahlen gehen.

In den allermeisten Wahlkreisen wird nicht wie bisher zwischen drei, sondern nur zwischen zwei Kandidaten gewählt werden. Es werden sich im allgemeine nur ein Kandidat der "nationalen Regierungskoalition" und ein Kandidat der Arbeiterpartei gegenüberstehen. Die Schildhalter der sogenannten "nationalen Regierung" werden in der grossen Mehrzahl der Fälle Konservative sein, zum geringen Teil Liberale und nur in ganz wenigen Kreisen ehemalige Mitglieder der Arbeiterpartei. Indessen werden in manchen Fällen grundsatztreue Liberale selbständig auftreten, die es mit dem bisherigen Führer ihrer Partei Lloyd George ablehnen, sich in einen bürgerlichen Mischmarch einreihen zu lassen, in dem sowohl zahlenmässig wie politisch die Konservativen ein erdrückendes Übergewicht haben werden. Daneben ist auch mit etlichen selbständigen Kandidaturen der Unabhängigen Arbeiterpartei zu rechnen, die, ähnlich der Seydewitz-Rosenfeld-Gruppe in Deutschland, nichts gescheiteres im Augenblick höchster reaktionärer Gefahr zu tun wissen als der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Schliesslich wird sich noch die Moskauer Internationale den mit schweren finanziellen Opfern verbundenen Luxus eigener Splitterkandidaturen leisten. Obwohl der Kommunismus in England infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Not breiter Schichten neuerdings etwas an Boden gewonnen hat, ist es jedoch sehr zweifelhaft, ob nur ein einziger kommunistischer Kandidat gewählt werden wird.

Zur Beurteilung der Lage muss man sich die Eigenart des englischen Wahlrechts vergegenwärtigen! von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es grundsätzlich nur Einmänner-Wahlkreise. Nur ein Wahlgang findet statt. Die relative Mehrheit entscheidet. In früheren Jahrzehnten, als es nur zwei Parteien in England gab, die Konservativen und die Liberalen, war die relative Mehrheit gleichbedeutend mit der absoluten. Seitdem eine dritte grosse Partei in den politischen Kampf eingegriffen hat, hat allerdings das alte Wahlsystem einen etwas lotteriemässigen Charakter angenommen. In vielen Fällen entscheidet nur der Zufall eines relativ geringen Stimmenunterschiedes über Sieg oder Niederlage der Kandidaten. Wie ungerecht sich dieses System auswirken kann, ergibt sich am deutlichsten aus den Stimmenzahlen von Abgeordnetenmandaten der drei grossen Parteien bei den zwei letzten allgemeinen Wahlen von 1924 und 1929.

	<u>Arbeiterpartei</u>		<u>Konservative</u>		<u>Liberale</u>	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
1924	5,5 Mill.	151	8 Mill.	412	2,9 Mill.	42
1929	8,36 "	287	8,65 "	260	5,3 "	59

Vor allem waren also die Liberale in den letzten Jahren die Opfer dieses überholten und höchst ungerechten Wahlsystems. bei den letzten Wahlen kam nur

ein liberales Mandat auf 90 000 liberale Stimmen, während 33 000 konservative Stimmen und 28 000 Labourstimmen für ein Mandat genügten. Lloyd George versuchte nun, seine Unterstützung der Arbeiterregierung von der Gewährung einer Wahlreform abhängig zu machen. Gegen die Einführung des Proportional-Wahlrecht machten sich in allen Parteien starke Widerstände geltend, doch versprach schliesslich die Arbeiterregierung die Einführung des sogenannten Alternativ-Wahlrechtes, von dem die Liberalen eine wesentliche Verbesserung ihrer Aussichten erhofften. Aber unmittelbar vor der parlamentarischen Beratung dieser Wahlreform brach in England die grosse politische Krise aus, die Arbeiterregierung zerfiel, die neue "nationale" Regierung MacDonaldis wurde gebildet, und nun wird abermals unter dem veralteten System gewählt werden.

Für die Arbeiterpartei bedeutet der alte Wahlmodus diesmal eine besondere Gefahr, weil in den meisten Fällen Konservative und Liberale zusammengehen werden. Schon einmal, und zwar unmittelbar nach Kriegsende bei den berühmten Khakiwahlen und Lloyd Georges Führung, hat sich ein solches Wahlbündnis von Regierungsparteien für die Opposition verhängnisvoll ausgewirkt. Damals erhielten die Koalitions-Konservativen für 4,1 Millionen Stimmen 384 Mandate, die Koalitions-Liberalen für 1,4 Millionen 127 Mandate, die oppositionellen Liberalen unter Asquith's Führung für 1,37 Millionen Stimmen nur 34 Mandate und die Arbeiterpartei für 2,25 Millionen Stimmen 57 Mandate. Es besteht zweifellos die Gefahr, dass auch diesmal in vielen Wahlkreisen das Zusammengehen der beiden bürgerlichen Parteien ihren gemeinsamen Kandidaten jenen kleinen Vorsprung an Stimmen verschafft, der genügen würde, um den Arbeiter-Kandidaten zu Fall zu bringen.

Indessen dürfte diese Gefahr durch zwei wesentliche Tatsachen ausgeglichen werden: Einmal ist es noch sehr fraglich, ob sich die Masse der liberalen Wähler den Verrat gefallen lassen wird, den ihre Abgeordneten unter Leitung der Minister Samuel und Reading an ihren Parteigrundsätzen und an ihrem Führer Lloyd George begangen haben. Denn das Ziel des Wahlkampfes ist für die Konservativen die Einführung des Hochschutzzolles, den die Liberalen seit hundert Jahren immer erbittert bekämpft haben. Der schwer erkrankte Lloyd George, den MacDonald noch am Montag aufsuchte, um seine Zustimmung zu einer verwässerten Formel des gemässigten Schutzzolles zu gewinnen, hat ihm eine klare Absage erteilt. Mit einer kleinen Schar seiner letzten Getreuen will er versuchen, in den Wahlkampf unter der alten liberalen Freihandels-Parole zu ziehen. Es besteht die Hoffnung, dass ein grosser Teil der liberalen Wähler lieber für den Labour-Kandidaten als für den Regierungskandidaten stimmen werden, selbst wenn dieser unter liberaler Flagge segelt und dabei in Wirklichkeit die schutzzöllnerischen Pläne der Konservativen unterstützt. Der andere Grund, weshalb die Arbeiterpartei mit Zuversicht in den Wahlkampf ziehen kann, ist die wachsende Misstimmung und Enttäuschung im Lande über die bisherigen Leistungen der Koalitionsregierung MacDonaldis.

Die Arbeiterpartei ist für den Wahlkampf trotz der kurzen Zeit, die ihr organisatorisch zur Verfügung stand, und trotz der durch die allgemeine Wirtschaftskrise verringerten finanziellen Mittel gut gerüstet. Zum ersten Mal verfügt sie über ein Organ mit Massenauflage; der "Daily Herald" hat sich ganz in den Dienst der Wahlpropaganda der Arbeiterpartei gestellt und konnte am 3. Oktober bereits eine beglaubigte Auflage von über 1 300 000 anmelden. An Aufklärung der Massen wird es aber nicht fehlen. Die Arbeiterpartei ist sich der besonderen Gefahren bewusst, die ihr durch das Wahlabkommen zwischen den Bürgerlichen, andererseits durch die Splitterkandidaturen der I.L.P. und der Kommunisten drohen. Dennoch sieht sie dem 27. Oktober mit Zuversicht entgegen und die heissen Wünsche der gesamten sozialistischen Internationale begleiten sie in ihrem schicksalsschweren Kampf.

SPD. Paris, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Ankündigung des Präsidenten Hoover nach der am Dienstag-Abend im Weissen Haus abgehaltenen Konferenz, dass er mit dem Ministerpräsidenten Laval über ein neues Moratorium für die Regierungszahlungen verhandeln werde, hat zwar in Paris keine Ueberraschung, aber eine gewisse Verstimmung hervorgerufen, da man eine derartige neue Aktion Hoovers nicht vor der Eröffnung des amerikanischen Kongresses erwartete und nun die Reise Lavals nach Amerika, die, wie man bisher glaubte, nur einer allgemeinen Aussprache über die internationale politische und finanzielle Lage dienen sollte, einen wesentlich anderen Charakter erhält. Die Verstimmung äussert sich in der nationalistischen Presse in wenig schmeichelhaften Worten über Hoover.

Die "Liberté" nennt Hoover den Moses des Weissen Hauses und erklärt, man wisse noch nicht, was aus den Wolken und Blitzen, die sein Haupt umhüllen, herauskommen werde. Es scheine aber, dass Hoover nach den 14 Punkten Wilsons eine Erklärung in acht Punkten erlassen werde, in der jedem europäischen Staat seine Innen- und Aussenpolitik vorgeschrieben werde. Der "Intransigeant" spricht von den absurden Anmassungen der Washingtoner Diplomatie und fordert Laval auf, den Angriffen Hoovers eisernen Widerstand entgegenzusetzen. Hoover käme es nur darauf an, für seine Rechnung und auf Kosten Frankreichs eine Wahl operation grossen Stils in die Wege zu leiten.

SPD. Das parteiamtliche Organ der Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, hat am Mittwoch, bald nachdem Reichskanzler Dr. Brüning vom Reichspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden war, folgende Erklärung veröffentlicht:

"Die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinett Brüning von allen parteipolitischen Rücksichten zu lösen, sind als gescheitert zu betrachten. Deshalb hat es nach unserem Dafürhalten keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen. Wir möchten deshalb der Ueberzeugung Ausdruck geben, dass eine Beteiligung der DVP an einer Umbildung dieser Regierung nicht in Frage kommen wird. Wir müssen daher die Forderung stellen, dass eine neue Regierung, die durch die letzten Vorgänge unbelastet ist, das Schicksal des Reiches in die Hand nimmt. Die Partei muss Wert darauf legen, auch bei allen künftigen Entwicklungen ein selbständiger Faktor im politischen Leben zu sein. Daraus ergibt sich die Stellung der Partei zur bevorstehenden Harzburger Tagung der sogenannten nationalen Opposition. Wir sind der Ueberzeugung, dass die Grundlinien der bisherigen Aussenpolitik eingehalten werden müssen. Der Kampf um die Neueregung der aussenpolitischen Belastungen, der das innerpolitische Leben Deutschlands erschüttert, wird am besten dadurch entgiftet werden, dass auch die Kreise der nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit zu übernehmen haben."

SPD. Köln, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Wahlkreis Köln-Aachen haben die Spalter kein Glück gehabt. Kein Mitglied der Partei, das in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre oder ein Amt für sie in öffentlicher Stellung bekleidet hätte, ist der Parole der Spaltung gefolgt.

In dem grossen Ortsverein Köln haben sich nicht einmal zwei Dutzend Abtrünnige gefunden, die zu den Spaltern übergelaufen sind. In den zahlreichen Ortsvereinen ausserhalb Kölns hat nur ein einziger Ortsleiter einer unbedeutenden Gruppe in einem Landstädtchen seinen Uebertritt zu den Spaltern vollzogen.



Es gelang ihm nicht einmal auch nur einen kleinen Teil seiner Ortsgruppe mit-zuziehen. Auch solche Distrikte und Bezirke, die eine radikalere Haltung der Reichstagsfraktion zu den politischen Zeitfragen fordern, lehnen ausdrücklich jede Spaltung in einmütigen Willenserklärungen ab.

SPD. Die am Dienstag veröffentlichte Notverordnung ist ein Labyrinth von Bestimmungen, die, gegensätzlich und unausgereift wie sie sind, verwirren. Wir sind überzeugt, dass selbst die Minister, die die Entscheidungen kurzerhand treffen mussten, sich über deren Tragweite nicht im klaren waren und auch nicht im klaren sein konnten. Dafür ist die ganze Materie zu vielseitig und zu umfangreich. Aber das ist das Los jeder Regierung, die ihres Arbeitsinstruments, des Parlamentes, beraubt ist. Bei einem Parlament, das auch nur halbwegs funktioniert und halbwegs arbeitsfähig ist, hätten sich die Probleme nicht in dem Masse stauen können, wie das leider in Deutschland in den letzten Wochen und Monaten geschah. Mit der neuen Notverordnung wurden nun auf einmal die Schleusen geöffnet. Es musste in kurzer Zeit entschieden werden und es zeigte sich, dass die Dinge der Regierung ohne Parlament über den Kopf gewachsen sind. So konnten nur Gewaltlösungen erzielt werden. Man hat aber wiederum Kompromisse geschlossen, die an Unklarheit und Unzweckmässigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Das gilt insbesondere für die verschiedenen Ermächtigungen. Es wird ein Zustand geschaffen, der an Dinge rührt, worauf ein moderner Staat nicht verzichten kann. Wir denken dabei u.a. an die Drosselung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die ganze Notverordnung ist ein einziges Argument, das die Notwendigkeit des Parlamentarismus, eines arbeitsfähigen Reichstages bezeugt.

Anzuerkennen ist, dass die Regierung endlich einer Reihe von sozialpolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen hat. Das gilt insbesondere für die neue Berechnung der Unterstützungssätze der Arbeitslosen bzw. der Kurzarbeiter. Das gilt auch für die Neuregelung, die den Saisonarbeitern in Zukunft zugute kommen wird, ferner für die Behandlung der Jugendlichen. Dem steht aber die bereits früher angeordnete Verkürzung der Unterstützungsdauer gegenüber, ferner die Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung. Wir vermissen auch die Regelung der kostenlosen Versorgung der Arbeitslosen mit Kartoffeln, Kohle usw. Die dahingehenden, von der Sozialdemokratie gemachten Vorschläge wären ohne namhafte finanzielle Aufwendungen möglich gewesen. Man hätte durch eine solche Lösung dem kommenden Winter viel von seinem Schrecken genommen. Die Regierung ist dieser Lösung ausgewichen. Dagegen trifft die neue Notverordnung u.a. Subventionsmassnahmen im Interesse der grossagrarisches Kartoffelbauer. Selbst wenn man unberücksichtigt lässt, dass durch die Verwendung von Kartoffelmehl zu Backwaren, durch erleichterte Absatz- und Finanzierungsmöglichkeiten von Kartoffelflocken, durch erhöhte Fuselproduktion und gesteigerte Fuselpreise, die man an die grossagrarisches Fuselbrenner zahlt, das Problem der "Kartoffelüberproduktion" zu lösen ist, wird man die Einstellung der Regierung nicht verstehen können. Hier hat nicht staatsmännische Ueberlegung und staatsmännische Voraussicht entschieden, sondern nackte Interessentenpolitik, der Zwang, diese Politik Rechnung zu tragen.

Ähnliches gilt für die Regelung des Hauszinssteuerproblems. Die Regierung hat sich für eine Ermässigung der Hauszinssteuer um 20 Prozent entschieden, nachdem von der einen Seite 25 Prozent gefordert wurden und sich die andere Seite bereit erklärte, sich mit einer Ermässigung von 15 Prozent abzufinden. Man hat also gewissermassen geteilt. Dass man dabei dem Hausbesitz in sehr weitem Masse entgegen gekommen ist, geben ja auch Kreise zu, die dem Hausbesitz nahe stehen. Immerhin erhält der Hausbesitz so, da 15 Prozent der Hauszinssteuer für die Abgeltung der höheren Aufwertungszinsen usw. vollauf genügen, ein Geschenk von 60 bis 80 Millionen Mark. Der Hausbesitz verlangte eine völlige Beseitigung der Hauszinssteuer. Dazu hat sich das Kabinett nicht ent-

schliessen können, weil die Beseitigung der Hauszinssteuer eine empfindliche Erhöhung der Umsatzsteuer nötig gemacht hätte. Damit würde aber die Regierung gewissermassen die letzte, schnell wirkende Steuerreserve aus der Hand gegeben haben. Wir wissen, dass sich die Steuereingänge im September beim Reich äusserst ungünstig entwickelt haben, dass der Hoovernachlass von den sinkenden Steuereinnahmen im laufenden Steuerjahr wahrscheinlich völlig aufgezehrt werden wird. Damit fiel das Projekt, den Hausbesitzern durch die Hauszinssteuer ein Riesengeschenk zu machen, in sich zusammen. Aber man hat ihnen doch mit der 20prozentigen Verkürzung ein kleines Pflästerchen auf die Wunde gelegt. Von einer Mietpreissenkung ist in der Notverordnung nicht die Rede. Mit ( ) bis 80 Millionen Mark, die man durch eine nur 15 prozentige Herabsetzung der Hauszinssteuer hätte sparen können, kann man selbstverständlich keine allgemeine Senkung der Mieten durchführen. Aber die Summe hätte vollständig ausgereicht, um wenigstens bei den Neubaumieten eine Entlastung herbeizuführen.

Was die am Dienstag zurückgetretene Regierung in ihrer Notverordnung gebracht hat, die Fixierung des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses, das verspricht sie wenigstens in einer Erklärung zur Notverordnung. Es heisst dar "dass die wirtschaftspolitischen Grundfragen nach dem Willen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung einer beschleunigten Beratung durch Persönlichkeiten zugeführt werden sollen, die durch ihre Stellung im Wirtschaftsleben und ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Kenntnisse und Erfahrungen zur Mitarbeit besonders berufen erscheinen. Diese für die nächsten Wochen vorgesehenen Beratungen sollen zur Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms führen." Ohne Zweifel will die Regierung sich durch Erörterungen in dem bezeichneten Kreis ein Bild über die Auswirkungen der englischen Pfundkrise auf die deutsche Wirtschaft machen. Hoffentlich ist man sorgsam in der Auswahl dieser Persönlichkeiten. Das deutsche Unternehmertum hat aufgrund der Krise der englischen Währung schon seit langem die Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland aufgestellt. Diesen Weg darf Deutschland nicht gehen. Eine weitere Drosselung der Kaufkraft muss die Wirtschaftskrise ins Unerträgliche verschärfen. Zur Ueberwindung des vor uns stehenden schlimmen Winters und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise gehört das Vertrauen der breiten Massen. Wenn die Regierung den alten Kurs der einseitigen Massenbelastung aber weiter steuert, kann sie nicht erwarten, dass das deutsche Volk dieses Vertrauen aufbringt.

SPD. Paris, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der englische Aussenminister Lord Reading hatte am Mittwoch-Vor- und Nachmittag Unterredungen mit Briand, Laval und Flandin, die sich auf die allgemeine politische und finanzielle Lage im Zusammenhang mit den Meldungen aus Amerika über ein neues Zahlungsmoratorium bezogen. Gegen Abend stattete der englische Aussenminister dem Präsidenten der Republik einen Besuch ab.

SPD. Kiel, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Mehrere hundert Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei nahmen am Dienstag zu den Spaltungsbestrebungen der Rosenfeld und Seydewitz Stellung. Einmütig bekundeten die Funktionäre in einer Entschliessung ihr Einverständnis mit den Massnahmen des Parteivorstandes und erklärten den als einen Verbrecher an der Arbeiterbewegung, der in dieser Zeit des schwersten Abwehrkampfes der Partei in den Rücken zu fallen versucht. Mit der gleichen Schärfe wandte sich die Partei in Neumünster gegen die Spaltungsabsicht.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, dass in Schleswig-Holstein die Seydewitz-Anhänger keinen Boden finden konnten. Die Partei steht geschlossen hinter ihrer Leitung.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist für Montag nachmittag 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Geschäftslage des Reichstags.

-----

SPD. Paris, 7. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zur deutschen Kabinettskrise: "Vom allgemeinen Standpunkt aus muss man wünschen, dass es Brüning gelingt, die schwierige Lage ohne Hindernisse zu überwinden. Der Reichskanzler erscheint als der einzige deutsche Staatsmann, der in der gegenwärtigen Stunde sein Land vor jedem innen- oder aussenpolitischen Manöver bewahren kann, dessen Gelingen einen unheilbaren Zusammensturz bedeuten würde. Wenn er seinen Posten verlassen müsste, wäre das für Deutschland der Sprung ins Ungewisse mit allen Gefahren einer Revolution von rechts oder links."

-----

SPD. Frankfurt a.M., 7. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Zentralvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Gross-Frankfurts nahm zur Lage innerhalb der Sozialdemokratie folgende Entschliessung an: "Der Zentralvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Gross-Frankfurts verurteilt alle Spaltungsbestrebungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung und steht in dieser schweren politischen Zeit treu zur Partei, deren Einheit und Geschlossenheit das erste Gebot der Stunde ist."

Die sozialdemokratischen Ortsvereine in Wiesbaden, Marburg, Hanau und zahlreichen kleineren Orten lehnten fast einstimmig ebenfalls jede Spaltung ab.

-----

SPD. In einer Versammlung der Charlottenburger SPD sprach Reichstagsabgeordneter Scheidemann über das zeitgemässe Thema "Sturm über Deutschland". Der Zustrom war so stark, dass die Versammlung schon frühzeitig polizeilich gesperrt werden musste. In der Versammlung wurde es sehr schnell lebendig.

Der Referent hatte mit seiner Rede kaum begonnen, als auch schon der Skandal begann. In bewundernswerter Einheitsfront machten Nazis, Kommunisten und Seydewitzianer einen Mordsradau. Als einige der Hauptkrakeeler hinausgeworfen worden waren, forderte ein Seydewitzianer alle, die sich gegen die SPD auflehnen wollten, auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Nachdem die politischen Babys je ein Hoch auf die KPD, die Hitlerei und Seydewitz-Rosenfeld ausgebracht hatten, verliessen sie unter jubelnder Zustimmung der Versammlung den Saal. Die Versammlung war derart überfüllt, dass von dem Auszug der wahren "Kämpfer" nachher überhaupt nichts zu merken war.

Nazis, Kozis und Seydewitzianer in einer Front. Ein Bild zum Heulen!

-----

SPD. Braunschweig, 7. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das im Jahre 1879 gegründete angesehenene Bankhaus Gutkind & Co. in Braunschweig hat am Mittwoch seine Schalter geschlossen. Ueber den Stand der Geschäfte kann noch kein zuverlässiges Bild gegeben werden, doch hofft man, die Gläubiger im Liquidationsverfahren wenigstens teilweise entschädigen zu können.

-----



SPD. Jena, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Einer der Spalter der sozialdemokratischen Bewegung, der Reichstagsabgeordnete Siemens-Jena, hat in seinem bisherigen Wirkungsgebiet eine katastrophale Niederlage erlitten. Die Sozialistische Arbeiterjugend Jena hatte ihm vor einigen Tagen, als er noch formal Mitglied der Partei war, Gelegenheit gegeben, in einem Vortrag seine Meinung über den Ausschluss der Abg. Seydewitz und Rosenfeld zu sagen. Nach Siemens' Austrittserklärung nahm jetzt eine st. besuchte Funktionärversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Jena einstimmig eine Erklärung an, in der ausdrücklich auf Siemens' Ausführungen hingewiesen und betont wird, dass die Funktionärversammlung an der Einheit der Bewegung festhält und die SAJ Jena ihre politische Meinung im Rahmen der SAJ und SPD weiter vertreten wird.

Die verantwortlichen Funktionäre haben also aus völlig einigem Entschluss den Spaltern die ihnen gebührende Abfuhr zuteil werden lassen.

SPD. Im Verlauf der Verhandlungen der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Dr. Brüning war zugesagt worden, dass in der neuen Notverordnung eine Reihe von Härten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gemildert werden sollten. Dieses Zugeständnis ist in der jetzt veröffentlichten Notverordnung verwirklicht worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Milderungen:

1. Gemeindearbeiterlöhne und Tarifrecht. Nachdem bereits in dem Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter eine tragbare Lösung herbeigeführt werden konnte ist jetzt eine Neuordnung dahin getroffen worden, dass die Kürzung der Arbeiterlöhne, die nach der alten Notverordnung 5 bis 7 Prozent betrug, sich künftig auf  $4\frac{1}{2}\%$  bemessen wird. Das Tarifrecht für die in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeitnehmer ist wieder hergestellt. Allerdings enthält die neue Notverordnung Bestimmungen, deren Wirkung noch unklar ist und die möglicherweise eine Ausdehnung der Kürzungsbestimmungen auf Arbeiter in öffentlichen Betrieben bedeutet, die bisher nicht von der Kürzung erfasst worden sind.

2. Die Arbeitslosenversicherung ist in folgenden Punkten geändert worden:

a) Jugendliche unter 21 Jahren werden nicht von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen, sondern erhalten nach einer der Krisenfürsorge entsprechenden Bedürftigkeitsprüfung Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung. Diese Abänderung ist bereits im Juli im Verwaltungswege in Kraft getreten. Sie ist nunmehr als Dauerregelung anerkannt worden.

b) Die Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt, das der Unterstützungshöhe zugrundegelegt wird, ist jetzt wieder von 13 auf 26 Wochen verlängert worden.

c) Nach der Juni-Notverordnung durfte bei Kurzarbeitern der Unterstützungsberechnung nur ein Arbeitsentgelt für höchstens 40 Arbeitsstunden zugrundegelegt werden. Diese Beschränkung wird aufgehoben und die Unterstützung wieder von der 48-Stundenwoche berechnet.

d) Für die Saisonarbeiter, die bisher nur noch Anspruch auf die Sätze der Krisenfürsorge hatten, gelten künftig die Sätze der Krisenfürsorge nur für die Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, also bis zum Frühjahr. In der übrigen Zeit des Jahres haben die Saisonarbeiter Anspruch auf die vollen Unterstützungssätze der Versicherung.

e) Die Heimarbeiter behalten im Winter ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung.

f) Die Rückerstattungspflicht der Unterstützung in der Krisenfürsorge ist wieder aufgehoben worden.

g) Die Bestimmung, wonach das Arbeitsamt einen Teil der Unterstützung als Miete direkt an den Hauswirt auszahlen kann, ist gleichfalls aufgehoben worden.

h) Die verschärften Vorschriften über die Sperrfristen, nach denen der Vorsitzende des Arbeitsamts nach eigenem Ermessen die Unterstützung entziehen kann, wurden gemildert.

3. Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auch für die Kriegsbeschädigten sind einige Milderungen aufgenommen worden.

a) Die Grenze des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, bei der eine Kürzung der Rente erfolgt, war durch die Notverordnung vom Juni von 350 auf 210 Mark herabgesetzt worden. Jetzt ist entsprechend der Forderung der Sozialdemokratie die schematische Form durch eine Regelung ersetzt worden, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenzen berücksichtigt werden.

b) Die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten auf Arbeitslosenunterstützung wurde durch die Juni-Notverordnung bei allen Beträgen über 15 Mark monatlich angeordnet. Dieser Betrag ist auf 25 Mark erhöht worden.

So erfreulich es ist, dass durch die Arbeit der Sozialdemokratie einige Milderungen der schlimmsten Härten der Juni-Notverordnung erreicht werden konnten, so darf man darüber doch nicht übersehen, dass damit das schwere Los von Millionen von Volksgenossen nur zu einem kleinen Teil erleichtert worden ist.

-----  
SPD. London, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf dem Kongress der Labour Party in Scarborough wurde am Mittwoch vor allem die landwirtschaftliche Politik der Partei erörtert. Sie ist im Augenblick angesichts der Wahl besonders aktuell. Es wurden Entschliessungen angenommen, die für den Uebergang des Grund und Bodens in die öffentliche Hand, für genossenschaftliche Verkaufsmethoden, für die Regelung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte durch eine besondere Behörde, für die Stabilisierung der Preise und für die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiten eintreten.

-----  
SPD. Breslau, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Bergarbeiterverbände und der Arbeitgeberverband für die oberschlesische Montanindustrie verhandelten am Mittwoch bis in die Abendstunden vor dem Schlichter in Gleiwitz über den Lohntarif der oberschlesischen Bergarbeiter. Eine Einigung liess sich, wie zu erwarten war, nicht erzielen. Die endgültige Entscheidung wird am Donnerstag fallen.

-----  
SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler Dr. Brüning überbrachte dem Herrn Reichspräsidenten am Mittwoch-Vormittag die Gesamtdemission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichskanzler Dr. Brüning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Massgabe, dass die Regierungsbildung ohne parteimässige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

-----  
SPD. Braunschweig, 7. Oktober (Eig. Dr.)

Die dem deutschnationalen Finanzminister Dr. Küchenthal nahestehende Baugesellschaft Vaube (Vereinigte Baugewerbetreibende e.G.m.b.H.) ist am Mittwoch zusammengebrochen. Die Unterschlagungen ihres Vorstandsmitgliedes

Bernhard Köhler, die rund 160 000 Mark betragen, lassen jede Rettungsaktion als zwecklos erscheinen. Köhler sitzt in Haft, während der Geschäftsführer der Wohn- und Zweckbau Schall, der als Geschäftsführer "nur" 40 000 Mark unterschlagen hat, sich nach wie vor seiner Freiheit erfreut. Beide Vereinigungen gehörten zu den Gesellschaften, in denen Finanzminister Dr. Kuchenthal das "Unrecht", das ihnen von der früheren sozialdemokratischen Regierung angetan sein sollte, wieder gutmachen wollte.

SPD. Marienberg (Westerwald), 7. Okt. (E.D)

Die Grube Alexandria in Höhn (Westerwald), die etwa 100 Bergarbeiter beschäftigt, macht den etwa 900 früher bei ihr beschäftigten und jetzt arbeitslosen Bergleuten den Vorschlag, sich ihren Hausbrand durch eigene Arbeit auf der Grube Alexandria zu verdienen. Jeder Arbeiter darf für je 12 Zentner Stückkohle eine Schicht unter den bestehenden Arbeitsverhältnissen verfahren, jedoch nicht mehr als acht Schichten. Die Grube will bei normaler Durchschnittsleistung auch die Kassenbeiträge für die Arbeitnehmer auf sich nehmen.

SPD. Im Interesse der "Sozialistischen Arbeiter-Partei" hat der Rechtsanwalt Eckstein aus Breslau diejenigen Personen, die noch irgendwelche Beiträge mit der Sozialdemokratischen Partei abzurechnen hätten, aufgefordert, dies nicht zu tun, sondern die kassierten Beiträge der neuen Partei zuzuführen. Er (Eckstein) und Rosenfeld seien ja Juristen und würden schon dafür Sorge tragen, dass den Betreffenden nichts geschehe. Das ist eine durch einen Juristen erfolgte Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, die Aufforderung zur Unterschlagung. Wir legen Wert darauf zu betonen, dass der Parteivorstand jeden, der diesen Rat befolgen sollte, wegen Unterschlagung zur gerichtlichen Verantwortung ziehen wird.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Leipzig, 7. Okt. (Eig. Drahtber.)

Der 4. AfA=Gewerkschaftskongress hat am Mittwoch nachmittag seine Arbeiten abgeschlossen. Die Beratungen der Schlussitzung waren ausgefüllt mit dem Abschluss der Debatte über den Geschäftsbericht, mit einer kritischen Beleuchtung des Schiedsspruchs für den Ruhrbergbau und einer Reihe wichtiger Beschlüsse organisatorischer, gewerkschaftspolitischer und sozialpolitischer Natur.

Dr. Greil, Sekretär des AfA-Bundes unterzog die Rechtssprechung der Arbeitsgerichte, besonders des Reichsarbeitsgerichts, einer eingehenden Kritik. Das Reichsarbeitsgericht habe es immer abgelehnt, die Arbeitskraft gleichwertig mit dem Kapital zu stellen, obwohl die Arbeitskraft höher bewertet werden müsste. In der Verteidigung des Arbeitsrechts, das heute zu einer ganzen Wissenschaft geworden ist, habe die Arbeiterschaft in den Arbeitsgerichten leider keinen Bundesgenossen. Besonders im letzten Jahre sei eine bedenkliche Wandlung eingetreten.

Aman vom ZdA. erklärte, dass die Angestellten, wie Hilferding gesagt habe, in das Bildungsprivileg des Bürgertums eingebrochen seien und deshalb besonders wertvoll für die Arbeiterklasse sind. Um so bedauerlicher ist es, wenn jetzt unser gesamtes Schulwesen herabgedrückt würde, vor allem aber die Volksschulen und die Berufsschulen. Ein Volk, das seine Schulen aufgibt, gibt sich selbst auf und zerstört sein wichtigstes Kapital. Es ist unerträglich, wie die Volksschulen zu Armenschulen gemacht werden. Die Unterschätzung der Volksschulen, die Ueberschätzung der höheren Schulen und der Missbrauch mit dem Berechtigungswesen haben zu der Ueberfüllung der höheren Schulen geführt. Durch das Berechtigungswesen kann man heute bald nicht mehr Schuster oder Schneider werden, ohne Untersekundareife zu haben. Wir müssen das Niveau der Volksschulen, besonders auch der Berufsschulen, halten und haben. Gewiss können auch im Schulwesen Ersparungen gemacht werden, und zwar durch den Abbau des Berechtigungswesens und die Vereinheitlichung des Schulwesens. Die höheren Schulen erfordern ungeheure Zuschüsse, eine Hochschulreform tut not. Wir müssen für die freien und fortschrittlichen Berufs- und Volksschulen kämpfen. (Beifall)

Peters vom Butab besprach die Notverordnung und den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der die Arbeitszeit und die Löhne dort neu regelt. Die Stilllegungen im Bergbau betreffen keineswegs die leistungsschwachen Zechen. Gerade die leistungsfähigen Zechen werden stillgelegt, was ihre völlige Vernichtung bedeutet. Diese Stilllegungen, diese Vernichtung von ungeheuren Kapitalien sind eine Folge der Fehlrationalisierung. Gewöhnliche Schiffskapitäne würden strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie derart ihr Schiff falsch steuern würden, unsere "Wirtschaftskapitäne" aber gehen unbehelligt davon, ihre Verluste werden noch sozialisiert. Der Weg zur Senkung der Selbstkosten führt nicht über Lohnsenkungen, sondern über Abschreibung des fehlgeleiteten Kapitals. Statt aber die Zechenbesitzer zu einem Kapitalschnitt zu zwingen, habe man die Löhne gesenkt und den Zechenbesitzern eine Subvention durch den Erlass der Arbeitslosenbeträge gegeben.

Eine internationale Kohlenverständigung ist unbedingt notwendig. Mit kapitalistischen Mitteln allein ist die Krise nicht zu beheben. Eingespart müsste der unglaublich aufgeblähte Verwaltungsapparat werden. Während die Tarifangestellten stark abgebaut worden sind, sind die aussertariflichen Angestellten, besonders die Direktoren, nicht im geringsten abgebaut worden, sondern ihre Zahl hat sich noch vermehrt. Da kommen die Riesengehälter, die gleichfalls beschnitten werden müssten. Zur Ermittlung der Selbstkosten müsste der Reichskohlenrat herangezogen werden, der aber einer gründlichen Reform zu unterziehen ist. Die Arbeitszeitregelung im Ruhrbergbau ist ein Skandal! Die technischen Angestellten sind heute noch verpflichtet, 9 bis 9½ Stunden und ausserdem noch Sonntags zu arbeiten. 1924 ist von der Regierung ausdrücklich

erklärt worden, dass die Mehrarbeitszeit nur so lange aufrecht erhalten werden soll, bis die Friedensproduktion wieder erreicht sei. Diese Friedensproduktion sei aber längst nicht nur erreicht, sondern längst überschritten. Ein weiterer Leistungsabbau sei nicht möglich. -

Die Entlastung des Bundesvorstands erfolgte einstimmig und unter lebhaftem Beifall. Kritik an der Tätigkeit des Bundesvorstands wurde, was besondere Beachtung verdient, - überhaupt nicht erhoben. -

Die Willenskundgebungen des Kongresses auf sozialpolitischem Gebiet fanden ihre Zusammenfassung in verschiedenen bedeutsamen Entschliessungen, die einstimmig angenommen wurden. In der Frage der Sozialversicherung wies der Kongress die unberechtigten Angriffe aus Kreisen der Invalidenversicherung gegen die Angestelltenversicherung zurück. Von einer Neuaufrollung der Lastenverteilung könne nicht die Rede sein. Der nur sehr unvollständig geltend gemachte Aufwertungsanspruch der Invalidenversicherung gegen das Reich könne nicht auf die Angestelltenversicherung abgewälzt werden. Gerechtigkeit für beide Versicherungszweige müsse verlangt werden. Für die durch Krieg, Inflation, Rationalisierung und Wirtschaftskrise erschütterten Finanzen der Reichsknappschafft habe das Reich einzutreten. - In der Frage des Arbeitslosenschützes wurde vom Kongress jeder weitere Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unerträglich erklärt. Er wandte sich scharf gegen die masslosen Verschlechterungen bei den Saisonberufen, und forderte die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge, deren Finanzierung vorwiegend aus Reichsmitteln erfolgen müsse. Wirkliche Selbstverwaltung und massgebender Einfluss der Versicherten in der Reichsanstalt seien unbedingt notwendig. Weiter verlangte der Kongress die Beseitigung der Ausnahmestellung des Personals der Seeschifffahrt in den sozialpolitischen Fragen. Der Bundesvorstand wurde durch die Annahme einer besonderen Entschliessung beauftragt, dafür einzutreten, dass künftig eine Bevorzugung der Versorgungsanwärter bei Besetzung von Angestelltenstellen in der Sozialversicherung sowie in der öffentlichen Verwaltung unterbleibt.

Zur Förderung der internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten wurde dem Bundesvorstand aufgegeben, die baldige Ratifizierung des internationalen Uebereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in den Büros zu verlangen.

Für das Saargebiet forderte der Kongress die Einführung der deutschen Arbeitsrechts- und Sozialgesetzgebung; die Reichsregierung müsse zu diesem Zweck mit der Saarregierung in Verhandlungen eintreten; gegebenenfalls sei an den Völkerbund zu appellieren.

Die Forderung der Artisten auf Anerkennung als Angestellte im Wege gesetzlicher Bestimmungen fand die Unterstützung des Kongresses. Eine grössere Anzahl von Anträgen wurde dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung als Material überwiesen.

Die Stellung des Bundes zur Sozialdemokratie rief im Anschluss an einige hierzu vorgelegten Anträge noch eine kurze Debatte hervor. Ein Antrag des Bezirkskartells Pommern machte es den freigewerkschaftlich organisierten Angestellten zur Pflicht, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Ein Antrag des AfA-Ortskartells-Berlin sah ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei vor, während schliesslich ein Antrag des Werkmeisterverbandes -Ortskartell München-Gladbach - die Ablehnung dieser beiden Anträge verlangte. Der Vorsitzende Aufhäuser gab dazu folgende Erklärung ab:

"Gewerkschaften und Partei haben zum Teil gleichlautende Ziele, sie vertreten dieselben Volksschichten und es besteht auch eine weitgehende Uebereinstimmung in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Trotzdem ist es kein Zufall, dass es Partei und Gewerkschaften gibt. Es ist nicht möglich, eine Verengung des Personenkreises vorzunehmen, der zu den Gewerkschaften zugelassen werden darf.



Alle Angestellten müssen sich unseren Berufsorganisationen anschliessen können. Das besagt aber nicht, dass wir die Zusammenhänge verkennen, die zwischen unseren Organisationen und der politischen Bewegung der Arbeiterschaft bestehen. Alle gewerkschaftliche Kraftentfaltung würde verloren gehen, wenn unsere Mitglieder nicht im politischen Kampfe den Volksstaat erfolgreich verteidigten. Die Herrschaft des Faschismus würde den Verlust des Koalitionsrechts, des kollektiven Arbeitsrechts und damit die Vernichtung der Gewerkschaften bedeuten. Deshalb ist eine verstärkte Arbeit unserer Kollegen in den politischen Parteien notwendig. Bei aller Würdigung der Verdienste der Partei müssen sich die freien Gewerkschaften nach wie vor die volle Freiheit der Kritik vorbehalten. Das hat uns aber nicht gehindert, bei den letzten Wahlen keinen Zweifel darüber zu lassen, was die Angestellten der Sozialdemokratischen Partei zu danken haben und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir stehen in ständiger Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zur Verwirklichung des Sozialismus sind drei Ströme - Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften - notwendig. Die Kraft der Gewerkschaften allein würde nicht ausreichen zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems. Statutarische Bindungen können wir schon deswegen nicht eingehen, weil wir damit die taktisch-politische Entschlussfreiheit der Parteien unterbinden würden."

Nach dieser mit starkem Beifall aufgenommenen Erklärung zog Flatau-Berlin den Antrag des AfA-Ortskartells zurück, um nicht durch eine evtl. Ablehnung einen falschen Eindruck zu erwecken und weil die Erklärung Aufhäusers grundsätzlich befriedigend sei. - Einstimmig angenommen wurde dazu folgende Entschliessung:

"Der Kongress hat den Bericht des Vorstandes über das bisherige Zusammenwirken mit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschland entgegengenommen. Er billigt die Haltung des Bundesvorstandes in der Frage der parteipolitischen Neutralität".

Mit einer Reihe von Abänderungen in den Statuten wurde die Arbeit des Kongresses abgeschlossen. Die Tagung fand ihren Ausklang in einem Schlusswort Aufhäusers, das vom Kongress begeistert aufgenommen wurde:

Wir haben keinen Grund zum Optimismus, keinen Raum für den Pessimismus, wir bekennen uns zum Realismus. Das Referat Hilferdings, das im Mittelpunkt des Kongresses stand, hat aufgezeigt, dass es nicht genügt, den Sozialismus zu wollen, sondern dass man auch wissen muss, was auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus zu geschehen hat. Ueber die Bankenkontrolle und die Monopolkontrolle wollen wir zur Verstaatlichung. Die Lösung dieser Fragen ist zwar eine Machtfrage, aber sie hat auch zur Voraussetzung die geistige Reife. Dabei fällt den AfA-Gewerkschaften die besondere Aufgabe zu, das Neuproletariat zu dieser Arbeit zu befähigen. Die Unternehmer fürchten nur eines: die Klasse. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens, die nunmehr abgeschlossen hinter uns liegen, hat der AfA-Bund die gewerkschaftliche Organisationsform auch bei den bürgerlichen Verbänden durchgesetzt. Jetzt gilt es, die geistige Durchdringung durchzusetzen. Der 4. AfA-Gewerkschaftskongress hat die Mobilmachung der Angestellten vollzogen, um in Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft den Kapitalismus zu überwinden. Wir reichen den Arbeiter-Kameraden die Bruderhand. Wir wollen erneut das grosse Gelöbnis der unverbrüchlichen Treue ablegen. AfA-Bund, ADGB. und die grosse Internationale der Arbeit - sie leben hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert ein und singen stehend die Internationale.

# Die Umkehr.

## Die Umkehr.

Der Kampf um ein Himalaja - Das Pech der Expedition Bauer - Heroische Geschichte.

SPD. Die zweite deutsche Himalaja-Expedition unter Leitung des Münchener Paul Bauer, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den dritthöchsten Berggipfel des Himalaja, den 8557 Meter hohen Kantschindschinga, zu ersteigen, ist von den Gewalten dieser ungeheuerlichen Gebirgswelt bezwungen worden. 655 Meter unter dem erstrebten Ziele musste sie umkehren. Eine steile Gebirgswand hatte sich unüberwindlich vor ihnen aufgereckt. Die Kräfte reichten nicht mehr aus, sie zu umgehen, die Lawinen- und Schneesturmgefahren waren zu gross geworden. Damit ist die Geschichte des Kampfes um die höchsten Berggipfel der Welt um ein neues Kapitel bereichert worden, das, wie alle früheren, mit einem Misserfolg abschliesst.

Bei dem Ansturm der deutschen Expeditionsteilnehmer im Jahre 1929 gelang es, eine Höhe von etwa 7000 Meter zu erreichen. In diesem Jahre wurde diese Leistung um rund 900 Meter überboten. Bis zu einer Höhe von 7902 Meter sind die kühnen Bergsteiger unter den ungünstigsten Verhältnissen mit einem unerhörten Willensaufwand vorgedrungen: die Geschichte der Himalajaexpeditionen ist auch immer eine Geschichte menschlicher Willenskraft, Ausdauer und Leistungsfähigkeit gewesen, und dem Tatendrang mutiger Forscher sind in diesem Teil der Erde auf lange Zeit hinaus noch keine Schranken gesetzt.

Das Himalajagebiet zählt nicht weniger als 13 Gipfel über 8000 Meter Höhe. 35 sind über 7000 Meter hoch und rund 50 immer noch über 7000 Meter. Lange Zeit wurde der Gaurisankar als der höchste Berg der Welt bezeichnet. Er hat diesen Ruf an den Mount Everest abtreten müssen, den die Eingeborenen Tschomo-Lungma nennen und der eine Höhe von 8880 Meter hat. Der zweitgrösste Gipfel, der Tschogo-Ri im Karakorumhimalaja, misst 8610 Meter. Auch er wurde schon von Oesterreichern, Engländern und Italienern lange und vergeblich belagert. Der Gaurisankar aber hat nur, wie genauere Messungen ergeben haben, eine Höhe von 7140 Meter.

Mit welchen Schwierigkeiten der Forscher in diesen Gebieten zu rechnen hat, mussten bereits die drei Brüder Schlaginweit erfahren, die es als erste in den Jahren 1855 bis 57 unternahmen, in diese unwirtlichen Regionen vorzudringen. Adolf, der eine dieser Brüder, wurde bei einem blutigen Aufstand in Kaschgar enthauptet. Er hatte die Absicht gehabt, über Hochasien nach Sibirien vorzudringen. 1892 versuchte der Engländer William Martin Conway einen Vorstoss im Karakorumgebirge. Ihm folgten noch viele andere. Als der beste Kenner des Himalaja gilt in Europa der englische General Charles Granville Bruce, der nicht weniger als zwanzig Jahre in der höchsten Gebirgswelt der Erde lebte und sich als wagemutiger Bergsteiger betätigte. Er war auch der Leiter der englischen Himalajaexpedition von 1922, an der sich hervorragende Bergsteiger und ausdauernde Männer wie Longstaff, Finch und Mallory beteiligten. Insbesondere verdanken wir Finch ausgezeichnete Berichte über diese Unternehmung, die die Schwierigkeiten eindringlich, aber ohne Uebertreibung schildern. Die Vorbereitungen zu dieser Expedition wurden mit grösster Sorgfalt betrieben. Ueber den beim Aufstieg zu wählenden Weg hatten die Erkundungen des Jahres 1921 und die Arbeiten anderer Forscher Aufschluss gegeben. Aber trotz der glänzendsten Vorbereitung, trotz der Wahl der besten Männer konnte das Ziel nicht erreicht werden. Schneewehen, eisige Kälte und nicht zuletzt Stürme von unerhörter Stärke.

vereitelten das Unternehmen. Finch schreibt: "Hätten diese eiskalten Stürme unser Zeit noch stärker gepackt, dann würden sie uns mit ihm zusammen in die vielen tausend Fuss tiefen Abgründe des Rongbuckgletschers geschleudert haben. Wir kämpften um unser Leben..." Als der Sturm etwas nachlies, waren die Teilnehmer völlig erschöpft. "Mir Hilfe von Spiritus", so berichtet Finch weiter, "schmolzen wir den Schnee und kochten uns etwas Warmes. Aber einen wirklich heissen Trank konnten wir nicht erzielen, denn in dieser Höhe kocht das Wasser schon bei einer so niedrigen Temperatur, dass man ruhig die Hand hineinhalten kann, ohne sich zu verbrennen." Der Berg schlug den Angriff ab. Es gab Todesopfer: Lawinen rissen eine Trägergruppe in die Tiefe, die Bergkrankheit packte die Tüchtigsten. Die Expeditionsteilnehmer mussten endlich froh sein, dass ihnen der Abstieg gelang, der hier oft noch schwerer ist als der Aufstieg. Dabei wurde der Rückzug schliesslich zur Flucht. Die Berggeister sassen ihnen im Nacken, das Grauen, das die Eingeborenen zur tiefsten Ehrfurcht gegen die Gewalten der schneebedeckten Höhen zwingt, hatte auch sie ergriffen. Naturgewalten erwiesen sich wieder einmal stärker als der härteste Wille kampferprobter Menschen. -

Die deutsche Bauer-Expedition dieses Jahres hatte im Juni Europa verlassen. Von Kalkutta aus zog die Expedition nordwärts. Mit 160 Trägern und ausgezeichneter Ausrüstung brachen die Teilnehmer von Lacheng aus auf, um den Kampf mit dem Kantschinschings aufzunehmen. Regen hinderte den Weitermarsch, Krankheiten stellten sich ein, trotzdem wurde der Weg zu den steilen Höhen fortgesetzt. Am 9. August ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall: der Deutsche Hermann Schaller und ein eingeborener Träger stürzten in eine tiefe Schlucht und fanden in Schnee und Eis ihr Grab. Die eingeborenen Träger tuschelten unter einander: die Geister des Berges sind gegen die verfluchten Fremden. Sie wollten nicht mehr weiter, sie fürchteten die Strafe der Götter. Erst nach langem Hin und Her gelang es, sie wieder zu beruhigen.

Bedrückt, aber nicht entmutigt, zieht die Expedition weiter. Schneestürme umbrausen sie, aber sie hofft, ihr Ziel erreichen zu können. Die Kräfte lassen nach, die Luft wird zu dünn zum Atmen. Die Sauerstoffgeräte sind schwer zu tragen. Die Kälte ist entsetzlich. Langsam, Schritt um Schritt geht es aufwärts, bis der Berg ihnen eine steile, schroffe Wand entgegenstellt, die jedem weiteren Vordringen energisch Halt gebietet.

Das Unternehmen ist diesmal gescheitert. Die höchsten Spitzen des Himalaja sind gut verteidigte Festungen. Wann werden sie fallen?

+ + +  
Brandstiftungsverbrechen. In Haid bei Tachau (Böhmen) sind innerhalb kurzer Zeit 37 Häuser, Scheunen und Stallgebäude eingeäschert worden. U.a. fiel der Feuersbrunst die gesamte Ernte des letzten Jahres zum Opfer. Es liegt Brandstiftung vor; der Täter ist noch unbekannt.

+ + +  
Festgenommene Kurfürstendamm-Nazis. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft sind nachträglich noch ein nationalsozialistischer Stahdartenführer, ein Sturmtruppadjutant und ein Sanitätstruppführer unter dem Verdacht der Beteiligung an den Kurfürstendamm-Unruhen in den Abendstunden des 12. September festgenommen worden; Erlass eines Haftbefehls ist beantragt. Gegen die Festgenommenen wird Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs und Rädelsführerschaft erhoben werden.

+ + +  
7 200 Meter hoch! Alpinisten gelang die seit dem Jahre 1902 oftmals vergeblich versuchte Besteigung des 7 200 Meter hohen Berges Pic Khan Tengri. Der Pic Khan Tengri liegt nahe der chinesisch-russischen Grenze im Zentrum des Tian Chan Massivs.

+ + +

Autokatastrophe: 2 Tote. Am Mittwoch fuhr auf der Chaussee Ludwigs-  
lust-Schwerin ein Auto aus Lankow bei Schwerin gegen einen Kartoffelwagen,  
riss von diesem ein Hinterrad ab und überschlug sich dann mehrere Male. Die  
beiden Insassen des Wagens, ein Maschinenbauer aus Lankow und seine Freundin,  
wurden auf der Stelle getötet.

+ + +  
Der rasende Autler. Ein offenbar von einem Betrunknen gesteuertes Au-  
to raste kurz vor dem Bahnhof Tündern bei Hameln in eine Gruppe von Radfah-  
rerinnen, von denen zwei schwer verletzt wurden. 100 Meter weiter wurde ein  
Arbeiter überfahren; er erlitt mehrere Schädelbrüche und verstarb nach weni-  
gen Minuten. Einige Meter weiter wurden mehrere Arbeiter umgerissen und z.T.  
schwer verletzt. Da die Feststellung der Wagennummer in der Aufregung ver-  
gessen worden war, konnte der rasende Chauffeur bis jetzt nicht ermittelt wer-  
den.

+ + +  
Wieder Domela! Der falsche Hohenzollernprinz Harry Domela hat sich in  
mehreren rheinischen Städten unter dem Namen Domke aus dem Ausland zurück-  
gekehrten Deutschen gegenüber als Beauftragter eines Fürsorgevereins für deut-  
sche Rückwanderer ausgegeben und ihnen finanzielle Zuwendungen aus einem Rück-  
wandererfonds versprochen. In zahlreichen Fällen schenkten die ehemaligen  
Auslandsdeutschen Domela Vertrauen und - Vorschüsse: Sobald er das Geld hatte  
verschwand er. Gefasst worden ist er bis jetzt nicht.

+ + +  
Rudolf Goldscheid +. Im Alter von 61 Jahren verstarb in Wien der bedeu-  
tende Soziologe Rudolf Goldscheid, der zwar nie ein offizielles Amt beklei-  
dete, aber doch durch die Vielseitigkeit und Gründlichkeit seiner philosophi-  
schen, psychologischen und nationalökonomischen Arbeiten und durch seine all-  
gemein-ethischen Forderungen einen grossen Einfluss ausübte. Als einer der  
tätigsten Führer der Marxistenbewegung vertrat er einen aktivistischen Idea-  
lismus. Den sozialen Kampf forderte er als Kampf der Geistigsten und Willens-  
stärksten. In seiner "Ethik des Gesamtwillens", "Kritik der Willenskraft"  
und "Höherentwicklung und Menschenökonomie" vertrat er aufgrund soziologi-  
scher Forschung und Erkenntnis den Standpunkt der Höherentwicklung der Mensch-  
heit. Seine Theorien brachten ihn zur Auseinandersetzung mit den aktuell-  
politischen Fragen der Gegenwart: mit seiner Arbeit "Staatssozialismus oder  
Staatskapitalismus?" wurde er zum Begründer der sogenannten Finanzsoziologie;  
andere Schriften sicherten ihm eine hervorragende Rolle in der europäischen  
Friedensbewegung, der er in der "Friedenswarte" ein beachtetes Organ schuf.

+ + +  
Frühstück der "Schnellsten". Am Mittwoch vereinigten sich im Clubhause  
des Nationalen englischen Flugdienstes auf dem Flugplatz Hanworth bei London  
"die schnellsten Menschen der Welt" zu einem Frühstück. Es waren nur Engländer:  
Leutnant Stainforth, (657,76 Stundenkilometer im Flugzeug), Campbell  
(395,959 Stundenkilometer im Automobil), I.S.Wright (242,476 Stundenkilome-  
ter auf dem Motorrad); Kay Don (176,99 Stundenkilometer im Motorboot); Street  
(125 Kilometer auf der Lokomotive) und die Babyfliegerin Amy Johnson, Eng-  
lands schnellste Flugreisende.

+ + +  
Abgebrannte Flachsspinnerei. Die Niederländische Flachsspinnerei in  
Tilburg (Holland, Brabant) brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Scha-  
den beläuft sich auf eine Million Mark.



## Der Hungerlohn bei der Reichsbahn.

Soll er noch weiter gekürzt werden?

SPD. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die Lohnbestimmungen zum 31. Oktober gekündigt. Natürlich nicht zu dem Zweck, um die Löhne der Reichsbahnarbeiter zu erhöhen. Im Gegenteil: Man muss allen Ernstes damit rechnen, dass die Gesellschaft eine weitere Kürzung der Arbeitseinkommen versuchen wird. Die Verwaltung hat sich ja von je dem Unternehmertum angeschlossen, wenn es gegen die Arbeiter und vor allem wenn es gegen deren Lohn ging. Das volkswirtschaftliche Fiasko des Lohnabbaus kümmert auch die Reichsbahnverwaltung nicht. Auch sie marschiert wacker mit auf dem Weg zur Katastrophe.

Da heisst es nun in Deutschland seit mehr als einem Jahr, die Löhne müssten gesenkt werden, weil dadurch die Gesteungskosten sinken würden und mit diesen die Preise. Nun sind die Löhne, den Wünschen der Unternehmer entsprechend in einer Weise abgebaut worden, die ohne Beispiel ist. Die entsprechende Preissenkung lässt jedoch noch immer auf sich warten, und auch die Belebung der Wirtschaft ist ausgeblieben. Das Missverhältnis zwischen Lohn und Preis ist im zurückliegenden Jahr nur noch grösser geworden. Der Misserfolg der bisherigen Wirtschaftspolitik, in der die Politik der Einkommensenkung die grösste Rolle spielt, ist für jeden der sehen kann, sichtbar. Trotzdem wird bei der Regierung und bei dem Unternehmertum und also auch bei der Reichsbahn an den Methoden des Bankrotts und Zusammenbruchs treu und brav festgehalten.

Die Löhne der Eisenbahnarbeiter vertragen keine Kürzung mehr. Durch die bereits erfolgten Abstriche, durch den Abbau der Gedingesätze und durch die Feierschichten sind die Löhne der Reichsbahnarbeiter vielfach bereits unter das Existenzminimum gesunken. In vielen Eisenbahnerhaushaltungen sind die Verhältnisse bereits direkt tröstlos. Ein paar Beispiele, die wahllos aus einer Fülle von Material herausgegriffen worden sind, mögen das der Öffentlichkeit zeigen.

Da ist z.B. der Haushalt eines Güterbodenarbeiters der Lohngruppe VI. Dieser Arbeiter ist gezwungen, monatlich drei Feierschichten zu machen. Nach dem Lohnabrechnungszettel beträgt das monatliche Bruttoeinkommen dieses Mannes, dessen Familie aus drei erwachsenen Personen besteht, einschliesslich des Gedingeüberverdienstes 152,72 Mark. Davon gehen ab: an Steuern und Sozialbeiträgen 28,24 Mark. Der Nettolohn beträgt 124,48 Mark. Die Familie hat an festen Lasten zu tragen: Miete 34,40, Beleuchtung und Heizung 11.-Mark, Beiträge und Zeitung 5,50 Mark, Arbeitskleidung 3 Mark, zusammen also 53,90 Mark. Nach Abzug dieser Ausgaben stehen der Familie noch 70,60 Mark zur Verfügung. Sie sollen ausreichen, um 3 erwachsene Menschen einen Monat lang zu nähren und zu kleiden.

Auf die Woche umgerechnet, sind 16,30 Mark verfügbar. Der Wochenspeisezettel der Familie enthält folgende Ausgaben:

2 Pfund Fleisch	3.- Mk.	3 Pfund Möhren	0,30 Mk.
14 " Brot	2,38 "	$\frac{3}{4}$ " Linsen	0,30 "
2 $\frac{1}{2}$ " Margarine	2,- "	2 " Sauerkraut	0,35 "
$\frac{1}{2}$ " Fett	0,70 "	$\frac{1}{2}$ " Graupen	0,20 "
15 " Kartoffeln	1,55 "	$\frac{1}{4}$ " Speck	0,25 "



Käse	0,80 Mk.	$\frac{3}{4}$ Pfund Wurst	1,20 Mk.
Semmeln	1,24 "	$\frac{1}{2}$ " Talg	0,15 "
3 Heringe	0,30 "	1 " Nudeln	0,50 "
$\frac{1}{2}$ Pfund Malzkaffee	0,75 "	3 Liter Milch	0,90 "

zusammen ..... 15,87 Mark.

In dieser Aufstellung gibt es keinen Posten, der noch irgend eine Kürzung vertrüge. Die verbleibenden 43 Pfennig dürften kaum hinreichen, um die noch über die Ernährung hinausgehenden, aber ebenso notwendigen Haushaltungsausgaben zu bestreiten. Wenn sich drei Erwachsene mit  $\frac{3}{4}$  Pfund Wurst und 2 Pfund Fleisch in der Woche begnügen müssen, so dürfte damit die Grenze des Erträglichen erreicht sein. Womit soll aber der übrige Lebens- und Kulturbedarf der Familie gedeckt werden? Wovon sollen Kleidung und Schuhwerk angeschafft werden? Wovon soll die Instandhaltung der Wäsche bestritten werden? Wo bestehen noch Möglichkeiten zur Deckung auch nur des aller bescheidensten Kulturbedarfs? Für alle diese Ausgaben reichen die Lohnpfennige eines erheblichen Teils des Reichsbahnpersonals nicht mehr aus.

Ein anderes Beispiel: In Oberschlesien verdient ein Betriebsarbeiter pro Monat 145,60 Mark. Diese Summe ermässigt sich durch Steuern und Beiträge um 21 Mark. Das Nettoeinkommen beträgt also 124,60 Mark. Für Miete und Beleuchtung sind 22 Mark bereitgestellt. Verfügbar bleiben danach 102,60 Mark. Die Familie besteht aus 6 Köpfen, und die Ernährung kostet im Monat mindestens 90 Mark pro Kopf und pro Tag 50 Pfennig. Enger kann der Lebensspielraum einer Familie nicht mehr gezogen werden. Bei solchen Einkommensverhältnissen fehlt bereits vielfach jede Möglichkeit zur Anschaffung von Kleidung, Schuhwerk und Wäsche.

So leben die Arbeiter des grössten Unternehmens der Welt! Diese Zustände sind eine Schmach. Und nun sollen neue Lohnkürzungen erfolgen? Ja, will man denn die Eisenbahnarbeiter zu einem grossen Teil mit ihren Familien buchstäblich dem Hunger überantworten? Wenn das Recht auf Arbeit den Arbeitenden und seine Familie nicht mehr vor der nackten Not schützt, dann hat die Arbeit ihren Sinn verloren. Eine Politik, aber, die weiter nichts kann, als den deutschen Arbeiter darauf aufmerksam machen, dass es ihm wahrscheinlich noch schlechter gehen werde, hat abgewirtschaftet.

Der Reichsarbeitsminister hat soeben auf der Ausschuss-Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, dass nach seiner Auffassung der tiefste Punkt der Not des deutschen Volkes noch nicht erreicht sei. Also Abbau der Hungerlöhne? Soll das etwa das Programm der kommenden neuen Regierung sein?

SPD. Der Leipziger AfA-Kongress hat das Ergebnis seiner Aussprache über die Wirtschaftspolitik in einer besonderen Entschliessung zusammengefasst. Darin wird als Hauptaufgabe für die nächste Zukunft gefordert eine planmässige Arbeitsverteilung. Diese Aufgabe - so betont der Kongress - kann nur erfüllt werden, wenn neue Wege der unmittelbaren Verbindung zwischen Konsumenten und Produzenten gefunden werden, wenn sich durch Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft die Landwirtschaft mehr als bisher auf die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung und die Lage auf dem Weltmarkt einstellt, wenn mit der Intensivierung der Arbeitsleistung auch eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung der 40-Stunden-Woche erfolgt. Wichtiger als die Erhaltung des kapitalistischen Eigentums sind Sicherheit und Schutz der Arbeitskraft. Die unerträgliche Zuspitzung des wirtschaftlichen Elends fordert mit unabweislicher Dringlichkeit über ein grosses konstruktives Programm der Krisenbekämpfung hinaus den Umbau der Wirtschaftsverfassung. An die Stelle der Planlosigkeit der Wirtschaftsführung des Kapitalismus ist ein von der Gesellschaft getragener Wirtschaftsplan zu setzen. Seine Durchführung erheischt neben Förderung und Ausbau des Genossenschaftswesens eine planmässige Bewirtschaftung der Kapitalverteilung durch ein Bankenamt, eine Kontrolle der Preise

und Gewinne durch ein Monopolamt und eine Umstellung der Handelspolitik im Sinne internationaler Zusammenarbeit. Damit ist der Augenblick gekommen, in dem eine planmässige Ordnung der Produktivkräfte, ihre Unterordnung unter die Gesellschaftsmacht des demokratischen Staates zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Die Zusammenballung in der Grossindustrie und die Vereinheitlichung ihrer Verwaltung hat entscheidende Voraussetzungen für die Sozialisierung geschaffen. Der einmal auf die Banken gewonnene Einfluss darf nicht wieder preisgegeben werden. Ueber eine formale Bankenkontrolle hinaus muss die Herrschaft des Staates über die Banken gesichert werden.

Die Lösung der Krise wächst aber über die Grenzen und Leistungsfähigkeit des Nationalstaates hinaus, zwingt zur solidarischen internationalen Zusammenarbeit. Jeder Versuch, die deutsche Wirtschaft vom Weltmarkt auszuschalten, muss die Arbeitnehmer vollends ins Verderben führen. Nicht romantische Autarkiepläne, sondern Verständigung der Völker, zunächst und insbesondere mit Frankreich, darüber hinaus planmässiges Zusammenarbeiten aller Länder der Welt zur Regelung der Kapitalwanderung und Kapitalverteilung, zur Bekämpfung der protektionistischen Handelspolitik und Streichung der durch den Krieg entstandenen Schuldenlasten sind Voraussetzungen zur Lösung der Weltwirtschaftskrise.

---

SPD. Der erweiterte Beirat des deutschen Metallarbeiterverbandes hat infolge der neuen Lohnabbaupläne der Metallindustriellen dieser Tage in Berlin zur allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung genommen. Er verurteilte aufs schärfste die einseitige und ungerechte Belastung der Arbeiterklasse durch die Massnahmen der Reichsregierung und der staatlichen Schlichtungsorgane und lehnte jeden weiteren Lohnabbau ab. Er warnt ausdrücklich die Regierung vor den Folgen einer noch stärkeren Belastung der Arbeiterschaft. Von neuem verlangt er die Durchführung der 40-stündigen Arbeitswoche und das Verbot von Ueberzeitarbeit. Ueber die Forderung der Spitzenverbände hinaus hält der Beirat eine gesteigerte Vergebung öffentlicher, wirtschaftlich nutzbringender, Arbeiten sowie die Förderung der Bauwirtschaft durch vermehrte Bereitstellung von Hauszinssteuermitteln und eine Erweiterung der Kreditgewährung durch Reich und Länder zur Uebernahme von Auslandsaufträgen durch die Industrie für dringend notwendig.

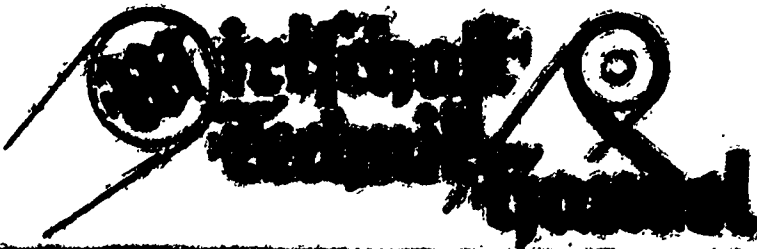
An die Verbandsmitglieder richtet der Beirat die ernste Mahnung zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Einheit und inneren Geschlossenheit der Organisation.

---

SPD. Im oberschlesischen Bergrevier hat die Haltung der Grubenunternehmer bei den Lohnverhandlungen eine gefährliche Stimmung geschaffen. Auch nur ein geringfügiger Lohnabbau kann einen Verzweiflungsausbruch hervorrufen. Die Unternehmer versuchen daher durch die ihnen nahestehende Presse, so z.B. durch die "Schlesische Zeitung", die Bergarbeiter vor der Oeffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Sie sagen, sie seien angesichts des drohenden Dumpings nicht in der Lage, den Arbeitern entgegen zu kommen. Die Arbeiter hätten seinerzeit während des englischen Streiks sich eine Lohnerhöhung erringen können. Seitdem aber sei der Absatz an Kohle so stark zurückgegangen, dass die Löhne gekürzt werden müssten. Auch liege der Lebenshaltungsindex heute niedriger als 1926.-

Man darf erwarten, dass die Schlichtungsstellen sich durch die Unternehmer nicht über die Erbitterung der oberschlesischen Bergarbeiter hinwegtäuschen lassen.

---



## Generalbericht der Wirtschaftsenquête.

### Rohstoffversorgung und Rohstoffverteuerung.

SPD. Die Wirtschaftsenquête, der die Aufgabe gestellt worden war, die nach dem Kriege eingetretenen Veränderungen in den Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zu untersuchen, hat am Dienstag ihren Schlussbericht veröffentlicht. Er ist im Verlag von Mittler und Sohn-Berlin erschienen. Wir werden den Bericht in einer Reihe von Aufsätzen eingehend besprechen.

Der Generalbericht der Enquete knüpft an die Tatsache an, dass der Versailler Vertrag und die ihm folgenden Abmachungen Deutschland wertvolle Bodenschätze, Erze, Kohle, Kali, Erdöl, Agrarland usw. entrissen und sie fremden Volkswirtschaften angliederten. Allgemein nahm man an, dass die deutsche Wirtschaft dadurch in die Gefahr ungenügender Versorgung mit Rohstoffen und einer grösseren Abhängigkeit vom Ausland kommen werde. Die Entwicklung war wesentlich anders. Es ist überall, selbst in der Landwirtschaft, eine wachsende Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie festzustellen, wobei Technik und Chemie eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Enquete stellt fest: Unter Einfluss der Umstellung in der Rohstoffwirtschaft ist die Nachfrage Deutschlands nach ausländischen Rohstoffen in der Nachkriegszeit nicht in dem Ausmass fortgeschritten, wie es die schweren Verluste an Boden und Produktionskraft erwarten liessen. Obwohl die Leistungsfähigkeit der Rohstoffindustrien in Uebersee wie auch in Deutschland, besonders durch eine weitgehende Rationalisierung und Maschinisierung stark verbessert und phantastisch gesteigert worden ist, trotzdem wir nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ein Ueberangebot an Rohstoffen haben, bezahlt Deutschland die von ihm benötigten Rohstoffe - es handelt sich um die von der Enquete erfassten Jahre vor Eintritt der Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten - weit teurer als vor dem Kriege.

Bei den ausländischen Rohstoffen sprechen für die Preisentwicklung, die bis zum Eintritt der Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten festzustellen war, viele Dinge mit. So sind z.B. die Verkehrswege länger und die Finanzierungskosten höher geworden. Rohstoffe, die man vor dem Kriege aus Russland bezog, mussten aus entfernteren Gebieten herangeschafft werden. Die deutschen Banken gewähren Warenkredite, sogenannte Rembourskredite, nicht mehr wie vor dem Kriege vorwiegend aus eigenen Mitteln, sondern sie vermitteln zum grössten Teil nur ausländische Kredite, was natürlich die Zinssätze erhöht. Im übrigen stellt die Enquete fest, dass die ausländischen Liefergebiete aus begreiflichen Gründen Interesse daran haben, die Ausfuhrpreise für Lebensmittel und Rohstoffe hochzuhalten, deshalb Eingriffe, entweder durch private Vereinbarungen, Kartelle usw. oder durch den Staat vornehmen und die Preise manipulieren, d.h. hochtreiben. Zum Teil erfolgten diese "Bestrebungen der Erzeugungsländer, mit Rücksicht auf ihre einheimischen Verbraucher oder Weiterverarbeiter, die so im Wettbewerb an den Weltmärkten Vorteile erlangen." Die Kosten der deutschen Rohstoffversorgung wurden in einem besonderen, den internationalen Wettbewerb empfindlich belastenden Ausmass durch die Eingriffe auf die Rohstoffmärkte gesteigert, die, wie bei Kupfer (Amerika), Eisenerze (Frankreich) und bei Kaolin (Tschechoslowakei) eine Differenzierung der Preise zu Gunsten der einheimischen Verbraucher zum Ziel hatten.

Die Tendenz der ausländischen Wirtschaften, den deutschen Export zu verteuern und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf den ausländischen Märkten zu schwächen, wurde durch die deutsche Handelspolitik gesteigert. Das bedeutete eine starke Ausschaltung der Konkurrenzwirtschaft, die die Enquête als wichtigste Wandlung bezeichnet, die sich in der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen durchgesetzt hat. Dadurch wurde auch die deutsche Wirtschaft verführt, sich über eine gewissenhafte Kalkulation hinweg zu setzen. Gegenüber den unter Einfluss der Inflation völlig willkürlich zustande gekommenen Preisforderungen des Jahres 1924 orientierte sie sich vor allem an den Preisen der Gebiete mit starkem Kapitalüberfluss (Amerika, Holland, Schweiz). Durch eine schlampige Kalkulation wurde das deutsche Preisniveau von dem der wichtigsten Wettbewerbsstaaten in Europa losgelöst.

Die Dinge liegen also so: Soweit die ausländischen Lieferanten für Rohstoffe und Lebensmittel nicht höhere Preise für die nach Deutschland gelieferte Ware durchsetzen konnte, besorgte das die deutsche Handelspolitik mit Zöllen, Einfuhrverboten und durch Zulassung privater Abmachungen über Einfuhrkontingente, wie beim Eisen, um die deutschen Rohstoffpreise möglichst hoch zu halten. Das hatte nach dem Enquetebericht folgendes Ergebnis: "Obwohl das Angebot von Lebensmitteln und Rohstoffen weit über die Nachfrage hinaus gewachsen ist, hat sich das gesteigerte Angebot in den von den Verbrauchern zu zahlenden Preisen nicht voll ausgewirkt. Der Preis der in Deutschland hergestellten Rohstoffe und Lebensmittel liegt im allgemeinen über dem Weltmarktpreis. Die im Laufe der Enquêteuntersuchung vernommenen Sachverständigen haben für die einzelnen Rohstoffgebiete umfangreiche Darstellungen gegeben, nach denen die Preise eines grossen Teiles der im Inland gewonnenen Rohstoffe um mehr als 20 bis 30 Prozent die Weltmarktpreise übertreffen. Bei den Lebensmitteln ist die Spanne zwischen Inlands- und Weltmarktpreis häufig noch grösser."

Man muss sich darüber klar werden, was das bedeutet. Die Enquête hat die Preisübersteigerungen bei Rohstoffen und Lebensmitteln noch bescheiden angegeben. So übertrifft der Kohlenpreis in Deutschland den angegebenen Satz. Roggen und Weizen sind mehr als doppelt so teuer als das entsprechende Auslandsgetreide. Das deutsche Eisen ist im Ausland um die Hälfte billiger zu haben als im Inlande. Wie das auf die deutsche Wettbewerbsfähigkeit im Auslande rückwirken muss, liegt auf der Hand.

Die Preisübersteigerung - und diese Konsequenz hätte eigentlich der Generalbericht der Enquete ziehen müssen - ist mit eine Ursache für die Krisenverschärfung in Deutschland. Wenn das Eisen bei uns doppelt so teuer ist als im Auslande, wenn das Brot fast doppelt so viel kostet als es eigentlich kosten dürfte, wenn man beispielsweise für das für Neubauten so wichtige Glas 30 bis 40 Prozent mehr bezahlen muss als in den westeuropäischen Staaten, dann versteht sich von selbst, dass kein Kaufmann mit gesundem Menschenverstand den Mut haben kann, in Deutschland zu investieren. Er könnte nur zu teuer investieren und die Folgen wäre Unrentabilität. Wenn etwas in Deutschland die Unternehmungslust zu Boden drückt, dann ist es die Rohstoffüberteuerung, die die deutsche Wirtschaftspolitik zugunsten einer Gruppe von Interessenten, zu Gunsten der Landwirtschaft und der Schwerindustrie vorgenommen hat. In diesem Sinne ist der Generalbericht der Wirtschaftsenquete ein Sündenregister der deutschen Wirtschaftspolitik, ein Dokument für eine unheilvolle und bedenkliche Interessentenwirtschaft.

SPD. Die am Dienstag veröffentlichte Notverordnung hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

1.) Arbeitslosenfürsorge. Bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung soll wie früher von dem Arbeitsentgelt ausgegangen werden, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 26 Wochen der Arbeitslosenmeldung bezogen hat, während nach der Verordnung vom 5. Juli 1931 die letzten 13 Wochen maßgebend waren. Diese Regelung hat den Vorteil, dass sich die Lohnsenkungen der letzten Zeit fürs erste nicht im vollen Umfange auf die Höhe der Unterstützung auswirken. Ähnlich soll die Bestimmung wirken, dass in Zukunft Kurzarbeit, die vor der Arbeitslosmeldung stattgefunden hat, bei der Bemessung der Unterstützungshöhe nicht berücksichtigt, die Unterstützung also nach dem Arbeitsentgelt berechnet werden soll, das der Arbeitslose ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte. Saisonarbeiter sollen, wenn sie während der Saison arbeitslos werden, keine niedrigere Unterstützung erhalten als andere Arbeitslose. Die Herabsetzung der Unterstützung auf die Krisensätze wird also wieder auf die Zeit der berufsföhligen Arbeitslosigkeit beschränkt. Kriegsbeschädigten Arbeitslosen wird eine Erleichterung dadurch geschaffen, dass Renten und Beihilfen, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen, in Zukunft mit einem auf 25 Mark erhöhten Betrag von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung frei bleiben. Jugendliche (Arbeitslose unter 21 Jahren) sind unterstützungsberechtigt, wenn der Unterhaltungsanspruch auch tatsächlich gewährleistet ist. Zu Gunsten der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter soll die bisherige Regelung der Versicherungspflicht, die bereits am 31. Oktober ausser Kraft treten sollte, noch über den Winter bis Ende 1932 bestehen bleiben.

Der Vorstand der Reichsanstalt wird ermächtigt, die Gewährung der Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art zuzulassen. Die Präsidenten der Landesarbeitsämter erhalten die Ermächtigung, bei einem regelmässigen Wechsel der Belegschaft den zeitweise aussetzenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung, wenn auch nicht in voller Höhe, zu bewilligen. Im übrigen findet eine Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung statt. Bestimmt wird ferner, dass Krisenunterstützungen nicht zurückgezahlt werden brauchen. Auch hat der Hauswirt kein Anrecht auf einen Teil der Unterstützungen. (Mietzahlungen)

2.) Hilfsmassnahmen für die Gemeinden. Ueber den Betrag von 60 Millionen Mark hinaus, der den Gemeinden in der Verordnung vom 5. Juli 1931 zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten zugeführt worden war, gibt das Reich nach der neuen Notverordnung weitere 170 Millionen Mark. Von den 230 Millionen Mark sollen 150 Millionen Mark schlüsselweise verteilt werden. Die restlichen 80 Millionen Mark sollen solchen Gemeinden zugeleitet werden, die besonders stark unter dem Druck der Wohlfahrtserwerbslosenlasten stehen. Man denkt hier an Berlin, an die Gemeinden in Rheinland und Westfalen, an Breslau, wo die Dinge besonders schlimm liegen, usw. Aus dieser Regelung wird Berlin zum Beispiel 25 Millionen Mark zusätzlich erhalten, Breslau 7 Millionen Mark.

Bürgersteuer und Getränkesteuer können die Gemeinden weiter erheben. Sie erhalten das Recht, die bisher auf den Wohnungsbauanteil entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf zu verwenden.

3) Umschuldung. Die Notverordnung geht hier von dem Gedanken aus, die Umschuldung im Wege freiwilliger Vereinbarung durchzuführen. Soweit das erforderlich wird, kommt ein Verfahren vor einer Umschuldungsstelle in Frage, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen, auch von Gläubigern und Schuldnern, zusammensetzt. Zur Tilgung der Schuld sollen nach Lage des Falles Ratenzahlungen vereinbart oder Obligationen herausgegeben werden. Um die Obligationen verwerten zu können, hat die Reichsbank sich bereit erklärt, diese Obligationen, soweit das die Mittel und die Satzungen der Reichsbank gestatten, zu lombardieren. Der Schuldner soll angemessene Tilgungsraten und Zinsen aus eigenen Mitteln sicherstellen. Die Umschuldungsstelle wird mit grossen Machtmitteln ausgestattet. Sie kann z. B. die Gemeinden verpflichten;



höhere Werkstarife einzuführen, also höhere Preise für Gas, Wasser, Elektrizität usw. zu fordern. Soweit eine Umschuldung erfolgt ist, übernimmt das Reich die Garantie. In diesem Falle ist die Gemeinde auf Verlangen der Umschuldungsstelle verpflichtet, Teile ihres Vermögens an eine von der Umschuldungsstelle zu benennende Stelle treuhänderisch zu verpfänden und, solange die Reichsbank Reichsgarantie besteht, vor Eingehen neuer Schulden die Zustimmung der Umschuldungsstelle einzuholen. Weiter sollen Teile der Hauszinssteuer für die Umschuldung freigemacht werden. In den nächsten vier Jahren werden aus dem Hauszinssteueraufkommen jährlich je 12% für die Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen Mark erbringen sollen. Soweit die Länder und Gemeinden an das Ausland kurzfristig verschuldet sind, können sich die Ausländer an dem geschilderten Umschuldungsverfahren beteiligen. Daneben soll im Anschluss an das Stillhalteabkommen versucht werden, durch Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern eine Stillhaltung zu erreichen.

4.) Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Neubauten sollen in den nächsten drei Jahren möglichst unterbleiben. In besonderen Fällen ist die Zustimmung der Reichsregierung und der Länderregierung notwendig. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung, dass die durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden am 24. August 1931 erteilte Ermächtigung, die zum Haushaltsungleich erforderlichen Massnahmen im Verordnungswege vorzunehmen, auch auf die Haushalte der Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt werden soll. Aenderungen auf besoldungsrechtlichem Gebiet sehen die Herabsetzung der den ausserplanmässigen Beamten zustehenden Diätensätze und die Verkürzung des Diätendienstalters der Assessoren vor.

5.) Pensionen und Ruhegehälter. Die Bestimmungen sehen hier eine Herabsetzung der Pensionen von 80 auf 75 Prozent vor, wenn die Altersgrenze erreicht ist. Die Senkung der Höchstpensionen geht von einem Satz von 12000 Mark pro Jahr aus. In der Hauptsache wird die Dauer der Tätigkeit in der letzten Stelle der Gesamtdienstzeit berücksichtigt. Der Senkung der Pensionen der Doppelverdiener ist der Satz von 9 000 Mark pro Mark zu Grunde gelegt.

6.) Hauszinssteuer. Die Hauszinssteuer wird mit Wirkung vom 1. April 1932 ab um 20 Prozent gesenkt. Man hat also die generelle Senkung gewählt; jedoch kann die individuelle Senkung bei einzelnen Ländern mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums vorgenommen werden.

7.) Landwirtschaftliche Siedlung. Die Bestimmungen erstrecken sich hier vor allem auf eine Ausdehnung der sogenannten Primitivsiedlungen. Dabei soll Wert auf die planmässige Ansiedlung arbeitsloser Ländarbeiter gelegt werden. Man denkt in diesem Zusammenhang daran, umfangreiche Landflächen überschuldeter Grossbetriebe einer Neuverwertung zuzuführen. Im übrigen zielt die Verordnung dahin, die rechtliche und verwaltungsmässigen Voraussetzungen für eine Verbilligung der Siedlung zu schaffen. Vorgesehen ist auch die Ansiedlung von Erwerbslosen in den Randgebieten grössere Städte. Die Durchführung des Gedankens wird einem Reichskommissar anvertraut werden, der dem Reichskanzler untersteht.

8.) Sparkassen und Girozentralen. Hier ergeben sich Bestimmungen, um die Liquidität der Sparkassen zu verbessern. Für das ganze Reich sollen einheitlich in Zukunft wenigstens 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Anlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent an die zuständige Girozentrale usw. abzuführen sind. Die Deutsche Girozentrale, wo sich diese Mittel konzentrieren, muss mindestens die  Hälfte der Liquiditätsreserven bei der Reichsbank anlegen oder durch sie anlegen lassen. Die Anlage von Hypotheken wird bei den Sparkassen auf 40 Prozent der Spareinlagen beschränkt. Einem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zur Höhe von 20 000 Mark gewährt werden. Uebersteigen die Spareinlagen bei einer Kasse mehr als 2 Millionen Mark, so können auch grössere Kredite eingeräumt werden, die jedoch im Einzelfalle nicht 1 Prozent des Einlagenbestandes überschreiten dürfen.

9) Kapitalherabsetzungen. Hier werden Bestimmungen getroffen, die die Anpassung des Grund- und Stammkapitals an die veränderte Wirtschaftslage bei den Erwerbsgesellschaften erleichtern sollen. In diesem Zusammenhang wird eine Prüfung angekündigt, die ergeben soll, inwieweit es geboten ist, in Ueberleitungsvorschriften besondere Grundsätze für die Bewertung einzelner Aktivposten (zum Beispiel für die Bewertung des Effektenbesitzes) aufzustellen.

10.) Kürzung der hohen Gehälter. Die Bestimmungen erstrecken sich auf solche langfristige Verträge, in denen Unternehmungen ihren leitenden Angestellten Gehälter garantieren, die mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr zu vereinbaren sind. Die Verordnung sieht ein Verfahren vor, wonach diese Bezüge auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden können. Das Verfahren findet keine Anwendung, wenn der Jahresbetrag der Bezüge 15 000 Mark nicht übersteigt oder wenn der Dienstvertrag ohnehin mit einer kürzeren Frist, zum Beispiel mit drei Monaten kündbar ist.

11.) Subventionen. Auf dem Gebiet der Kreditversicherung werden 30 Millionen Mark bereit gestellt, womit das System der Exportkreditversicherung auf die inländische Warenkreditversicherung übertragen wird. Der Finanzminister wird weiter ermächtigt, zur Stützung der Mansfeld A.G. in Eisleben 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Ausserdem wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, bis zu 300 Millionen Mark im Wege des Kredits zu beschaffen. Diese Ermächtigung tritt an die Stelle einer bereits durch das Reichshaushaltsgesetz für 1931 gegebenen Anleiheermächtigung, die für die Beteiligung des Reichs an der Dresdner Bank in Höhe von 300 Millionen Mark Schatzanweisungen verwendet worden ist. Hinsichtlich der Mobilisierung der Ernte ist eine Ermächtigung für die Reichsregierung vorgesehen, das System der Lagerscheine auszugestalten. Die Kartoffelindustrie wird durch "auskömmliche" Bemessung des Brennrechts durch "auskömmliche" Uebernahmepreise und durch Einführung des Verwendungszwanges für Kartoffelstärkemehl bei der Herstellung von Backwaren, weiter durch Schaffung von erleichterten Absatz- und Finanzierungsmöglichkeiten für die Kartoffelflocken weiter subventioniert.

12.) Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen. Nach den getroffenen Bestimmungen hat im Personenkraftfahrlinienverkehr der Reichsverkehrsminister als letzte Instanz darüber zu entscheiden, ob eine Linie eingerichtet werden darf. Für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer wird der staatliche Genehmigungszwang eingeführt mit der Massgabe, dass jeder Unternehmer die vom Reichsverkehrsminister einheitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise nicht unterschreiten darf. Im Zusammenhang damit ist die Reichsbahn gehalten, beim Inkrafttreten der Verordnung die Beförderungspreise der dem Wettbewerb des Kraftwagens besonders ausgesetzten hochwertigen Güterklassen erheblich zu senken.

13.) Rechtspflege. Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wird die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze von 800 Mark auf 1 000 Mark und die Berufungssumme von 50 auf 100 Mark erhöht. Die Gebühren in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, die den Armenanwälten aus der Staatskasse zustehen, werden um 10 Prozent und bei Streitgegenständen über 800 Mark um 15 Prozent gesenkt.

14.) Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Im übrigen sieht die Notverordnung die Einrichtung von Sondergerichten vor. Hinsichtlich der Bekämpfung politischer Ausschreitungen wird bestimmt, dass, wo Zeitungsverbote irgendwie durch Neulieferungen umgangen werden, die Druckmaschinen und sonstigen Vervielfältigungsmittel, mit denen die Ersatzschriften hergestellt werden, zu Gunsten des Staates beschlagnahmt und eingezogen werden. Weiter wird der Polizei die Möglichkeit gegeben, solche Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung zu schliessen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung und insbesondere die Gefahr der Wiederholung solcher Gewaltakte dies erfordern. Um der Austragung politischer Kämpfe mit Waffen noch weitergehend zu steuern, behält die Polizei das Recht, Personen, die sie bei Waffenvergehen auf frischer Tat festnimmt, so lange in polizeilicher Haft zu halten, bis die Aburteilung erfolgt.

Angebot sehr knapp.

(Berliner Produktenbörse vom 7. Oktober.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Mittwoch die Stimmung für Weizen wieder etwas befestigen. Das Angebot in prompter Ware war sehr knapp. Da seitens der Mühlen gute Nachfrage bestand, wurden für effektives Material um etwa 2.- Mark höhere Preise erzielt. Roggen war gleichfalls knapp angeboten, hatte jedoch trotz laufender Nachfrage der Mühlen nur unveränderte Preise. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen für Weizen um 1 bis 2 Mark höher, schwächten sich jedoch im Verlauf der Börse wieder ab. Roggen lag bei den Schlussnotierungen gleichfalls um 1 bis 2 Mark niedriger. Der Mehlmarkt verkehrte weiter in vollkommen lustloser Haltung. Es herrschte keinerlei Unternehmungslust. Das Geschäft blieb bei unveränderten Preisen sehr klein. Hafer hatte stetige Tendenz. Gute Qualitäten konnten ihre Preise befestigen und auch in mittleren Sorten fand bei stetigen Preisen laufendes Geschäft statt, Auch in Braugerste zeigte sich einiges Kaufinteresse, wie auch in Futtergerste einige Umsätze erzielt wurden.

	6. Oktober (ab märkische Station)	7. Oktober in Mark)
Weizen	215 - 218	215 - 218
Roggen	187 - 189	185 - 187
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industriergerste	151 - 158	151 - 158
Hafer	140 - 148	140 - 148
Weizenmehl	27,00-32,00	27,00-32,00
Roggenmehl	26,60-29,00	26,20-28,75
Weizenkleie	10,30-10,50	10,20-10,40
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,15- 9,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 230 - 228½ (Vortag 229), Dezember 233½ - 231½ (231½), Roggen Oktober 198-197 (198), Dezember 197 - 196 (198), Hafer Oktober 150½ (151), Dezember 155-153½ (153).

SPD. Mit der schon zur Gewohnheit gewordenen Verspätung gibt das Reichsfinanzministerium die Einnahmen für den Monat August bekannt, die im ordentlichen Etat einen Ueberschuss von 87,1 Millionen Mark ausweisen, während im ausserordentlichen Etat ein Defizit von 7,7 Millionen Mark festzustellen ist.

Im laufenden Steuerjahr beträgt demnach der Ueberschuss im ordentlichen Etat 177 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit im ausserordentlichen Etat stellt sich auf 34,6 Millionen Mark. Berücksichtigt man, dass aus dem vorigen Jahre im ordentlichen Etat noch ein Defizit von 1030,5 Millionen Mark und im ausserordentlichen Etat ein Defizit von 261,4 Millionen Mark vorhanden ist, so stellt sich für Ende August das Gesamtdefizit auf rund 1325 Millionen Mark.

Die schwebende Schuld hat sich von Juli bis August von 1828,4 Millionen Mark auf 1669,2 Millionen Mark vermindert.

SPD. Der Gesamtabsatz des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wird für September arbeitstäglich mit 184 000 Tonnen angegeben gegenüber 182 000 Tonnen im August. Der Absatz im unbestrittenen Gebiet weist auf Grund der stärkeren Hausbrandabrufe eine kleine Steigerung auf. Die Haldenbestände auf den Zechen betragen im September 9 Millionen Tonnen und haben sich also gegenüber dem Vormonat nicht verändert.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 7. Oktober 1931.

Eine Tasche mit...

SPD. Franz ist gestern Nacht in den Kanal gesprungen, aber man hat ihn herausgefischt. Jetzt liegt er im Krankenhaus, und morgen wird er wieder entlassen. Das ist in einem Satze die Geschichte von der Tasche mit den tausend Mark. - Franz ist nicht ins Wasser gesprungen, weil er die Tasche mit dem Geld verloren hatte. Nein, Franz hatte die Tasche gefunden. Aber auch nicht aus Reue und Scham darüber, dass er das Geld nicht abgegeben, sondern für sich verbraucht hatte, ist er in den Kanal gesprungen, sondern weil er als anständiger Kerl die Tasche mit den tausend Mark abgeliefert hatte. Das verstehen Sie nicht? Ja, es ist auch nicht ganz einfach. Um das zu verstehen, muss man schon zu Franz in den Krankensaal gehen und sich an sein Bett zu setzen. Da liegt er mit blauen, eingefallenen Wangen, und wenn Sie seinen lächerlich mageren Körper gesehen hätten, als man Franz die nassen Sachen vom Leibe zog und ihn in dieses Bett hier packte, dann würden Sie gleich gewusst haben, dass Franz ein Arbeitsloser ist. Trotzdem hat er den ganzen Tag zu tun. Immer ist er unterwegs, immer rennt er nach Verdienst. Er singt auf den Höfen, verkauft Schnürsenkel, verteilt Reklamezettel für Dentisten, denn er muss nicht nur für sich, sondern auch für Frau und Kind sorgen.

Vor einigen Tagen fand Franz auf der Strasse eine Tasche. Er hob sie auf, sah nach. Er hatte tausend Mark in der Hand. Stellen Sie sich vor: tausend Mark! Im ersten Augenblick war Franz ganz benommen von dieser Entdeckung. Die Kniee zitterten ihm. Auf der Strasse gingen Menschen, fuhren Autos, aber niemand schien den Vorfall bemerkt zu haben. Niemand? Franz setzte die zitternden Beine zu langsamen Schritten. Er wagte noch nicht, die Geldtasche in den Rock zu stecken. Er wollte der Umwelt zeigen, dass er durchaus nicht daran dachte, sich die Tasche anzueignen. Deshalb trug er sie die nächsten Schritte noch vorsichtig in den Händen. Er fühlte sich weiterschreitend wie ein von vielen Jägern gejagtes Wild und sah sich manchmal um, als könnte er seinen unsichtbaren Verfolgern entfliehen. Erst einige Strassen weiter fühlte er sich sicher, wusste er, dass ihn niemand beobachtete, ihn niemand verfolgte. Jetzt lag die Tasche schon wie sein Eigentum an seiner Brust.

Aber als ihn an der nächsten Ecke ein Schupo scharf ansah, schlug sein Herz schneller, und sein Fuss stockte. Doch Franz fragte stotternd nur nach dem Wege, den er doch kannte. Der Schupo legte sogar grüssend die Hand an den Tschako. Ich bin jetzt ein Dieb! dachte Franz. Von dem Augenblick an, wo ich den Schupo nach dem Wege fragte, anstatt ihm die Tasche zu übergeben und mit ihm aufs Revier zu gehen, von diesem Augenblick an bin ich ein Dieb.

Ein Dieb? fragte eine andere Stimme in ihm. Ein Dieb? Habe ich eine Menschenerscheibe eingeschlagen, bin ich in ein Haus eingedrungen, habe ich einen Geldschrank aufgebrochen, einen Menschen beraubt? Nein, ich habe mich nur nach einer Geldtasche gebückt, die auf meinem Wege lag.

Er grübelte weiter. Das Geld könnte er zu Hause unter die Matratze legen. Er würde zunächst nichts davon anrühren, höchstens nachher etwas zum Abendbrot mitbringen, etwas mehr und etwas Besseres als gewöhnlich. Wenn seine Frau dann verwundert aufschauen sollte, brauchte er nur zu lächeln: Heut' etwas mehr verdient, Mutter! Die Augen seiner Frau würden vielleicht einen Glanz bekommen wie an den Abenden ihrer besseren Zeit.

Sie fragen: er hat die Tasche also doch nicht abgeliefert? Jawohl, er hat sie abgeliefert. Plötzlich kehrte er um. Erst ging er langsam, dann immer schneller, und als er in den Flur des Polizeireviere trat, musste er sich den Schweiß von der Stirn wischen. Er war umgekehrt, weil er eben ein anständiger Mensch ist, der weiss, dass man gefundene Sachen abzuliefern und sich mit einem Finderlohn zu begnügen hat.

Aber warum ist er dann in den Kanal gesprungen?

Sie müssen bedenken, dass Franz nicht nur ein anständiger Kerl ist, sondern auch ein Arbeitsloser. Sehen Sie ihn doch an, wie er hier liegt! Sein blasses, spitzes Gesicht über der weissen Decke erzählt doch die ganze Geschichte von der Tasche mit den tausend Mark. Neben ihm sitzt seine Frau mit dem Jungen. Sie sind vorhin gekommen, blass und spitz im Gesicht wie er, mit unruhigen Augen. "Was hast du nur getan, Vater!" flüstert die Frau. Sie weiss nichts von den tausend Mark. Er hat ihr nichts davon erzählt. Sie denkt, die lange Arbeitslosigkeit hat ihn dazu getrieben. Sie wischt sich immerzu die Tränen aus den Augen. Und er liegt da mit dem blassen, spitzen Gesicht über der weissen Decke und sieht die Frau an. Ahnen Sie jetzt, warum er in den Kanal gesprungen ist? Versuchen Sie doch, sich vorzustellen, mit welchen Empfindungen Franz das Polizeirevier verliess! Sie sehen ihn hochoberhalb des Hauptes über die Strasse gehen: ein Mann, der einer Versuchung widerstanden hat. Ein Mensch, der nichts als seine Pflicht getan hat, eine selbstverständliche Pflicht.

Sie haben noch nie auf den Höfen gesungen, noch niemals auf der Strasse Schnürsenkel verkauft oder für Dentisten Reklamezettel verteilt. Es ist schwer für Sie, sich vorzustellen, was in Franz vorgegangen ist. Mit leeren Händen schritt er die Strassen hinunter, er, der eben ein reicher Mann gewesen war. "Dummkopf!" dachte er, und es war ihm, als wäre ein Ziegelstein dicht vor ihm auf das Pflaster niedergestürzt. Tausend Mark! Immer schwerer wurden seine Schritte....

Als er nach Hause kam, sah ihm seine Frau gleich an, dass etwas passiert war. Aber er schüttelte nur den Kopf und knurrte: "Nichts! Das elende Leben! Wie lange noch?" Hilflos stand sie da, mit herunterhängenden Armen, bis der Junge sie rief: "Ich hab Hunger, Mutter!"

Am nächsten Morgen kam der Gerichtsvollzieher, um für eine Mieteschuld ein Möbelstück zu pfänden. Der Hauswirt hatte keine Nachsicht mehr. Franz stand in der Tür, die Hände in den Hosentaschen, und piffte durch die Zähne. "Tausend Mark!" fluchte er.

Am gleichen Abend ist Franz in den Kanal gesprungen. Weil er die tausend Mark nicht mehr hatte. Weil er - ja, weil er anständig gehandelt hatte. Weil es es sich eigentlich nicht hätte erlauben dürfen, anständig zu handeln. Weil es jawohl! - beinahe anständiger gewesen wäre, wenn er die tausend Mark, die vielleicht einem schwerreichen Manne oder einem betrügerischen Finanzunternehmen gehörten, für seine Frau, für seinen Jungen, für sich behalten hätte. Kennen Sie das Gefühl, eine nie wiederkehrende Gelegenheit versäumt zu haben? Gewiss kennen Sie es aus der Liebe und aus Ihren geschäftlichen Unternehmungen? Auch Franz lernte es kennen, an diesem Abend, ehe er in den Kanal sprang. ..Man hat ihn ja zum Glück herausgefischt. Morgen wird er wieder auf den Höfen singen, Schnürsenkel auf der Strasse verkaufen oder Reklamezettel verteilen. Er wird nie wieder die Tasche mit tausend Mark finden. Und wenn er sie fände, dann würde er sie wahrscheinlich wieder abliefern. Aber auch wenn er es nicht täte, müssten Sie ihn dann wohl für einen schlechten Menschen halten??

Inzwischen können wir für Franz nichts weiter tun, als ihm einen Groschen herunterzuwerfen, wenn er auf den Höfen singt, oder ihm ein Paar Schnürsenkel abzukaufen und "Danke" zu sagen, wenn er uns einen Zettel in die Hand drückt.

Kurt Rudolf Neubert.



SPD. Hoch oben auf der Lichtenau, dem weltabgeschiedenen Bauerngöthof im Bayerischen Walde, werden die letzten Abschiedsworte gewechselt. "Wissens", sagt mein liebenswürdiger Wirt, "'s Gefährlichste san die Strudel in der Donau - do versauft's jedes Joar oaner! G'fehlt is!" - "Koa Einheimische", setzt er sofort, sich selbst beruhigend, hinzu, "bloss Fremde!" - "I werd sofort Ihre Leut z' Haus benachrichtigen, wenn S' umkippen - hams koa Sorg nöt," fügt die Resi tröstend hinzu, und ähnliche Trostesworte gibt mir auch der Loisl auf den Weg, der es sich nicht nehmen lassen will, mir auf meinem "letzten Gange" das Geleit nach dem Bahnhof zu geben.

Mit etwas gemischten Empfindungen lande ich schliesslich im Zuge, der in herrlicher zweistündiger Fahrt an rauschenden Wildwassern und leuchtend grünen Wiesen vorbei nach Erlau bei Passau führt. Rasch ist das Faltboot, ein wunderhübsches, zierliches Fahrzeug, 5 Meter lang, 1 Meter breit, ausgepackt und zusammengesetzt. Weniger einladend aber schaut die Donau aus. Das Hochwasser ist seit zwei Tagen noch gestiegen, die Ufer sind völlig überschwemmt, und nur ein paar Baumkronen ragen vereinzelt aus dem schmutziggelben, schäumenden Wasser heraus. Doch jedes Gefühl der Unsicherheit vergeht, sobald man im kleinen Boot sitzt und in der Strömung dahinfliegt. Die befreiende Empfindung, plötzlich mitzuschwingen in einem neuen, vorher nie gekannten Rhythmus, überwiegt alle anderen Eindrücke. Ganz anders als im gewöhnlichen Ruderboote fühlt man sich in diesem niedrigen Fahrzeug, wo nur der Kopf das Wasser überragt. Man ist sofort verwachsen mit dem umgebenden Element, verwandt der Natur, vonder man sich ganz umschlossen fühlt. Waldige Höhen, trotzige Raubritterburgen, Schloss Krempelstein und Burg Viechtenstein, grüssen von den Ufern herüber. Und dann schäumt und braust es durch die Stille: Es sind die Wirbel des Jochensteins, des österreichischen Loreleyfelsens, der wenige Meter entfernt aus den Fluten ragt. Alte, verklungene Erzählungen und Sagen werden wach - das sind die geheimnisvollen Wirbel, die Eingänge in das dunkle Reich der Toten, die Pforten der Hölle, an denen der fromme Schiffer einst, mit Kreuz und Gebet sich schützend, angstvoll und vorsichtig vorüberfuhr. Wenn jedoch auf einen Augenblick der dunkle Wolkenschleier zerreißt, der über dem Strome liegt, wenn bunte Lichtreflexe und golden schimmernde Sonnenstrahlen mit Wirbeln und Wellen spielen, dann scheint es, als ob Nixen in perlmutterfarbenen Gewändern ihre weissen Schleier ins Wasser tauchten und einen zierlichen Reigen vollführten.

Fröhliche, helle Rufe tönen über das Wasser. Aber es sind keine Donaugeister, sondern freundliche, österreichische Zollbeamte, die unsere Pässe sehen wollen und die Faltbootfahrer mit frohem Scherzwort entlassen, nachdem sie Name und Art der Wasservogel festgestellt und das Boot nach Hinterlegung von 60 Schilling - die wir glücklicherweise auf der Rückfahrt wiederbekommen werden - mit einer Plombe versehen haben. Und weiter geht die Fahrt in den dunkelnden Abend hinein. Immer einsamer und weltabgeschiedener, immer verträumter und ernster wird die Landschaft.

Wo die Donau ihre erste grosse Schleife zieht, da ragt die Ruine Haichenbach düster aus dunklen Tannen. Weltverloren und einsam treten hohe Ufer an den Strom heran, der breit und gewaltig dahinfliesst. Immer wilder und grandioser werden die Eindrücke, immer steiler und schroffer stürzen die Felswände ab. Nur ein Bauernhof und eine Mühle, die hinter dichtem Laub hervorschauen, unterbrechen für Augenblicke die düstere Stimmung dieser nerben Landschaft. Zerklüftete Felsen wechseln mit dunklem Tannenwalde, sanft gewellte Höhen mit weiten, grünen Matten, und überall schweift der Blick in liebliche, schluchtenartige Seitentäler. Ein Wunderland romantischer Landschaftsbilder hält das kleine Boot umschlossen. Das ist nicht mehr das heitere Österreich, das Land der blauen Donau und des fröhlichen Wiener Waltzers; das ist die Umwelt für eine schwermütige, leidenschaftlich sich steigende Brahms-Symphonie. Und wie dort

so oft das wild sich aufbäumende musikalische Motiv einer freundlichen Holsbläseridylle weicht, so bricht auch hier ohne jeden Uebergang, ein trotziges Entweder-Oder, die wilde Gebirgs- und Felsenlandschaft unvermittelt ab und geht in lichtetes, freundliches Flachland über.

Wir haben längst die Paddel vor uns hingelegt und überlassen das Boot der Strömung und dem Abendwinde, die es rasch dahintreiben. Leiser, einförmiger Gesang tönt vom Ufer herüber, während in der Ferne die dünne, helle Stimme einer Glocke durch die leichtbewegte Luft schwingt. Das Gesinde einer bäuerlichen Herberge betet den uralten, seltsam klingenden Abendsegen. Leise und geheimnisvoll tönen die Stimmen über den Strom, bis sie in der Stille verklingen.

Dunkle Schatten liegen über der Donau, als wir an den rauschenden Kochlets Achachs, den gefährlichen Klippen und Strudeln, vorbeifahren, unter denen nach alter Anschauung mächtige Wasserdämonen ihr Reich aufgeschlagen haben. Brüllend und tosend stürzt der Strom vorüber, wie in Angst und jagender Hast, der unheimlichen Stelle, die schon so viele Opfer gefordert hat, zu entriren. Feiner, weisser Nebel steigt aus dem Gischt empor - das ist der Dunst und Rauch der Getränke, die der Wassermann da unten braut, oder es ist der Rauch seines mächtigen Kachelofens, den er in kalten Nächten anzündet, um sich die eisigen Glieder zu wärmen. An warmen Sommertagen aber steigt er ans Land, und niemand erkennt ihn, wenn er auf einer Bank in der Sonne sitzt und bunte Bänder für die jungen Mädchen feil hält.

Endlich machen freundliche, schimmernde Lichter in der Ferne dem Spuk ein Ende. Sie kommen näher, sie werfen breite, glänzende Streifen auf das quirlende, strömende Wasser: Unser Tagesziel ist erreicht - wir sind in Linz - der Hauptstadt Oberösterreichs, angekommen.

Dr. Else Möbus.

-----  
Irrwege.....X  
-----

SPD. Man wird sich noch des sonderbaren Falles von 1926 erinnern, als Dr. Hauck, ein Privatgelehrter von Ruf, wegen umfangreicher Diebstähle von Dokumenten und Handschriften in den verschiedenen staatlichen Archiven verhaftet und verurteilt wurde. Dabei stellte sich heraus, dass Dr. Hauck ein leidenschaftlicher Sammler dieser alten Scharteken war und ein unwiderstehlicher Zwang ihn dazu verleitet hatte, ein Verbrecher zu werden. Dreissig Jahre lang hatte er dies gesetzwidrige Handwerk betrieben. Und doch, wer hätte einem Mann sein Mitgefühl versagen können, der einer Leidenschaft frönte, um seinen Kulturhunger zu stillen! Auch der Fall des Rittmeisters a.D. von Reihe, der aus dem öffentlichen Münzkabinett in Weimar Münzstücke entwendete, und zahlreiche andere Fälle der Kriminalgeschichte zeugen dafür, welche Rolle die Sammelleidenschaft im menschlichen Leben spielt. Der bekannte Wiener Nervenarzt und Psychoanalytiker Wilhelm Stekel sagt in einer kleinen Studie: Hat jemand irgendwelche Beziehung zur Kunst, so sammelt er Stiche, Bilder, Antiquitäten, Porzellan, Erstdrucke, Bronzen. Ist er ein Wissenschaftler, so sieht er es auf Mineralien, Münzen, Bakterien, Abnormitäten ab. Ist es eine Passion, so werden Marken, Uhren, Spazierstöcke, Regenschirme, Tintenfässer, Knöpfe, Hüte, Möbel, Lampen, Ofenschirme gesammelt. Tritt bei jemandem das Erotische in den Vordergrund, dann jagt er Miedern, Schuhen, Sacktüchern, Schürzen, Unterröcken, Bändern, Strümpfen, Haarlocken, Hosenträgern, Nagelfeilen, Bauchbinden, Krücken, alten Zahnprothesen, Irrigatoren nach. Und in all diesen Fällen ist das Pathologische, im guten und schlechten Sinne des Wortes, kaum zu verkennen.

Es gibt wohl nichts auf der Erde, was nicht gesammelt wird. Wo ist aber die Grenze zwischen dem Normalen und Sonderbaren? Niemand wird eine Insekten-sammlung für sonderbar halten. Jedoch, wenn man hört, dass der Londoner Rothschild sich gerade auf Flöhe kaprizierte und Expeditionen ausrüstete, um

irgendein seltenes Exemplar in seinen Besitz zu bekommen, oder dass der vielgenannte Geograph und Naturforscher Moritz Wagner nur kleinste Rüsselkäfer sammelte, und dass Lord Welsingham 280 000 Exemplare von Kleinschmetterlingen besass, dann stehen wir schon einer weitgetriebenen Spezialisierung gegenüber, und diese überspitzte Einseitigkeit ist ein erster Schritt dazu, den Typus des Sammler Sonderlings zu schaffen.

Kurz vor dem Kriege gelangte in London eine Sammlung zur Versteigerung, die sicherlich eine der interessantesten unter den Autographen-Sammlungen darstellte. Sie enthielt nur demütige und kriecherische Briefe, die europäische Fürsten an Napoleon gerichtet hatten. Auch die Krieger'sche Sammlung war nach dem gleichen spezialisierenden Gesichtspunkte zusammengebracht worden, indem sie sich nur als Bildnissen Friedrichs des Grossen, 963 an der Zahl, zusammensetzte.

Interessant sind solche Objekte, die trotz ihrer Wertlosigkeit gesammelt werden. Man darf dabei nicht vergessen, dass an sich wertlose Gegenstände dadurch, dass sie zu einer Sammlung von einer gewissen Vollständigkeit vereint werden, Wert erlangen können. Da lebte z.B. in Köln ein Baron Sandheim, der Sand, Erdkarten und Flusswasser sammelte. Ein ganzes Zimmer hatte er mit Regalen gefüllt, auf denen Nil- und Donauwasser fein säuberlich in Flaschen stand, dann Sand aus der Sahara und schwarze Erde vom Ganges-Ufer. Und er freute sich wie ein Kind, wenn er von einem Freunde ein neues Fläschchen mit Hoangho-Wasser oder ein kleines Kästchen mit Erde aus Spitzbergen erhielt.

Ein österreichischer Ritter v.C. in Wien sammelte Todesanzeigen und tapetezte schliesslich sein Zimmer damit. - Ein alter Rentier aus Paris hinterliess seiner Vaterstadt 80 000 Strassenbahn- und Omnibusfahrtscheine, die er alle selbst abgefahren hatte. Theaterschwärmer sammeln Theaterkarten, um sich immer an ihre Theatererlebnisse erinnern zu können. Weinfreunde bewahren die mit dem Datum versehenen Korken der Flaschen auf, die sie selbst ausgetrunken haben. Und lange vor dem Kriege hörte man von einem französischen Major, der eine Knopfsammlung hatte. Mit peinlicher Sorgfalt sortierte er täglich seinen Schatz und bald hatte er alle Militärknöpfe, die es gab, in seiner Sammlung. Nur ein einziger siamesischer Militärknopf fehlte ihm noch. Jahrelang bemühte er sich, um sich das fehlende Exemplar zu beschaffen. Endlich gelang es einigen Freunden es aufzutreiben. Feierlich überreichten sie es ihm, und - seitdem verlor er alle Freude an seiner Sammlung.

Ein Lord W. hatte sich eine Sammlung von Hundehalsbändern angelegt. Allerdings galt seine Schwärmerei nicht nur den Halsbändern, von denen er ein paar tausend besass, sondern auch den Hunden, die sein ausgedehntes Landgut bevölkerten. - Die Weinschilder- und Kellnerzettel-Sammlung eines Oberkellners, die Schauspielerphoto-Sammlung eines jungen Berliner Mädchens, die Menükarten-Sammlung eines berühmten Kochs, die Visitenkarten-Sammlung eines Hamburger Bankiers, die Sammlung von Folter- und Mordwerkzeugen, Henkersgeräten, Verbrecherwaffen eines französischen Sonderlings, die grosse Sammlung gezinkter Spielkarten, die ein Dr. Piccini in Rom sein eigen nennt, die Zündholzschachtel-Sammlung eines Königsberger Oberlehrers, eine Prachtsammlung von Mariä Verkündigungs-Bildern einer Essener Dame, eine Federsammlung von südamerikanischen Singvögeln, die ein Deutschamerikaner in Chile besitzt, gehören ohne Ausnahme in das Kuriositätenkabinett der menschlichen Sammelleidenschaft. Man könnte ohne weiteres auch die Sammlung des Malers Amerling, der weiblichen Kopfputz aus allen Ländern und Zeiten sammelte, als Kuriosität bezeichnen, wenn sie nicht nebenbei noch ein ethnographisches Interesse hätte. Das Gleiche gilt für den Baron Block, der Schuhwerk von historischen Persönlichkeiten sammelte. Die Sammlung befindet sich heute in Dresden, und wer Lust hat, der kann die Samtpantöffelchen sächsischer Prinzessinnen, die Galoschen Wielands und die Krönungsschuhe Napoleons nebeneinander sehen. Der berühmte dänische Schriftsteller Peter Nansen schuf sich, von seiner Tabakspfeifensammlung umgeben, ein gütiges und philosophisches Weltbild. Die feinsinnige deutsche Dichterin Marie von Ebner-

Eschenbach sammelte Uhren und hat selbst in ihrer leisen, abgedämpften Art erzählt, wie sie sich nach und nach für diese kleinen Instrumente zu interessieren begann.

Bekannt ist das sogenannte Unglücksmuseum des Exkönigs Alfons von Spanien. König Alfons, der oft von Attentaten bedroht wurde, hatte sich einen Raum angelegt, in dem alle die Werkzeuge und Gegenstände aufbewahrt sind, die ihn verletzt oder ihm Unglück gebracht haben. So ist z.B. Alfons einmal als Infant ausgeglitten und hingefallen und hat sich dabei eine Knieverletzung zugezogen. Da hat man die Parkettziele, die das Unglück verschuldet hatte, aus dem Boden entfernt. Sie steht jetzt im Museum neben zahlreichen Dolchen, Revolvern, Kugeln und anderen Mordinstrumenten. Endlich soll hier noch die Sammlung eines Pariser Arztes erwähnt werden, die aus sehr eigenartigen Büchern besteht. Ihre Einbände sind aus der gegerbten Haut von Hingerichteten hergestellt. - Aber das gehört schon in die Schreckenskammer eines Panoptikums und hat mit einer ernst zu nehmenden Sammlung nichts mehr zu tun.

Nikolas Aranyosi.

-----  
Soziale Radiohilfe.  
-----

SPD. Beinahe vier Millionen deutsche Rundfunkhörer sind heute im Besitz von Empfangsapparaten. Jeder fünfte Staatsbürger hat also die Möglichkeit, sich durch die Darbietungen der Sender zu bilden oder zu unterhalten. Gewiss scheint die Zahl derer, die monatlich zwei Mark Gebühren zahlen und die Kosten der Anschaffung und Instandhaltung der Apparate aufbringen können, verhältnismässig hoch zu sein, wenn man bedenkt, dass ein einfachster Röhrenapparat nicht unter 25 bis 30 Mark zu haben ist und die monatlichen Ausgaben in den meisten Fällen nicht unter drei Mark liegen. Für erwerbslose Arbeiter und Angestellte dürfte selbst diese Summe nur unter grossen Opfern aufzubringen sein. Und doch, so wird man fragen, nimmt die Zahl der Rundfunkhörer noch zu? Trotz der immer fühlbareren Wirtschaftskrise hat der Rundfunk nach achtjährigem Bestehen eine monatliche Einnahme von fast acht Millionen Mark zu verzeichnen? Noch erstaunlicher mutet die Tatsache an, dass Neuanmeldungen noch heute zum weitaus grössten Teil aus Kreisen der Arbeiterschaft stammen, und es dürfte verständlich sein, wenn dieser Zustrom selbst während der Wintermonate nicht nachlässt. Da der Arbeiter fast auf jeden Konzert-, Kino- oder Theaterbesuch verzichten muss, so bleibt ihm nichts weiter übrig, als Rundfunkhörer zu werden; denn die monatliche Rundfunkgebühr ist verhältnismässig niedriger als die einmalige Inanspruchnahme einer anderen Bildungs- oder Unterhaltungsmöglichkeit.

Die Sender haben heute auch die Aufgabe, als Vermittlungsorgan von Reichs- oder Länderregierung zu wirken, und ausserdem die Verpflichtung, durch den übrigen Programmteil eine Erziehung zum positiven Staatsbürgertum auszuüben. Deshalb muss angenommen werden, dass alle vernünftig denkenden Kreise die Notwendigkeit anerkennen, die Inanspruchnahme des Rundfunks auch für solche Bevölkerungsschichten zu erleichtern, die nicht einmal in der Lage sind, die finanziellen Mittel zur Anschaffung von Empfangsapparaten aufzubringen. Die Zahl dieser Hilfsbedürftigen ist unvergleich höher als die Zahl aller Rundfunkteilnehmer. Millionen Erwerbslose und Minderbemittelte mit ihren Familien sind von den kulturellen Einrichtungen des Staates ausgeschaltet und unterliegen leicht Radikalisierungsbestrebungen, die das Staatsgefüge bedrohen. Den vier Millionen Rundfunkteilnehmern stehen heute mindestens vier Millionen Erwerbslose gegenüber, deren "Einkommen" keine Extraausgaben gestatten, wobei minderbemittelte Einzelpersonen oder Familien, die keine Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung beziehen, nicht mitgerechnet sind. Gewiss hat die Reichspost einer gewissen Kategorie von Erwerbslosen und Kleinrentnern Gelegenheit gegeben, die schon erworbenen Apparate auch weiterhin zu benutzen. Die Bestimmungen über den Erlass von Rundfunkgebühren sind aber zu beschränkt, als dass nicht schnellstens eine

Erweiterung der Verfügung verlangt werden müsste.

Wesentlich bleibt aber auch die Anschaffung des Empfangsapparates, der in den wenigsten Fällen käuflich erworben werden kann. In den schlimmsten, ihr bekannt gewordenen Fällen ist es der Sozialen Radiohilfe des Arbeiter-Radio-Bundes gelungen, helfend einzugreifen. Seit ihrer im vorigen Jahre begonnenen Tätigkeit sind die ehrenamtlichen Helfer, die zum grössten Teil selber erwerbslos sind, nicht nur Tag für Tag bei Hilfsbedürftigen, sondern während der Bastelabende der Ortsgruppen bis in die Nacht hinein tätig, um gleichzeitig die notwendigen Apparaturen herzustellen. Es ist begreiflich, dass die Zahl der Erwerbslosen, Erwerbsbeschränkten, Kleinrentner, öffentlichen Anstalten usw., denen die Soziale Radiohilfe Apparate kostenlos oder gegen Erstattung der Selbstkosten stellt und später betreut, derartig zunimmt, dass die hierfür bereitgestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen. Des öfteren ist die Soziale Radiohilfe an die Öffentlichkeit getreten; ständig wird sie in dem offiziellen Organ des Arbeiter-Radio-Bundes, dem "Arbeiterfunk", berücksichtigt, um den Kreis der Helfenden zu vergrössern. Ein ideeller Erfolg blieb nicht aus: Mit Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt hat sich kürzlich der "Reichsausschuss für Soziale Radiohilfe" gebildet, dem neben dem Arbeiter-Radio-Bund vorläufig der "Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen" und der "Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Waisen Deutschlands" angehören.

Der Rundfunk wird am Sonntag, dem 11. Oktober, zwischen 14 und 15 Uhr eine Veranstaltung übertragen, die gleichzeitig als erste internationale Sendung der Arbeiterschaft zu bewerten ist. In dankenswerter Weise haben sich bis auf die Sender Leipzig und München alle anderen Rundfunkgesellschaften bereit erklärt, den für die Soziale Radiohilfe gedachten Programmaustausch zwischen Deutschland und Holland zu übertragen, dem ausserdem noch andere Sender des Auslands angeschlossen sind. Zwei grossen Zielen ist der deutsche Rundfunk dadurch näher gerückt: Internationale Völkerverständigung und geistige Hilfe für jene Volksgenossen, die durch den Appell an die Öffentlichkeit Gelegenheit erhalten sollen, künftig am Rundfunkempfang teilzunehmen. Der "Reichsausschuss für Soziale Radiohilfe" erwartet, dass dieser bedeutsame Ruf besonders auch in staatlicher und kommunalen Behörden genügenden Widerhall findet. Es heisst nicht nur internationale, sondern auch nationale Aufgaben erfüllen, wenn das Sprachrohr der demokratischen Republik von allen Staatsbürgern gehört werden kann.

-----  
Herbst-Prolog.<sup>x</sup>  
-----

Es herbstelt sehr. Mit dicken Wolkenballen  
kommt der Oktober; langsam geht's zur Wende.  
So sacht wird's kühl. Die welken Blätter fallen.  
Noch kurze Zeit, dann ist das Jahr zu Ende.

Das Laub hängt rot und welk an müden Bäumen;  
(und Linden, Buchen, stehn wie gelbe Fackeln.)  
So mancher fährt erschrocken aus den Träumen,  
und merkt erstaunt ein ominöses Wackeln.

Wirtschaft, Horatio! - Gab's schon solche Zeiten?  
Wo kann das Kapital noch ruhig wohnen?  
Geh alles schief - ? Kommt alles jetzt ins Gleiten - ?  
Es fällt das Pfund; es wackeln alle "Kronen".



Es stürzen Währung - Goldstandards - Minister.  
Von Tag zu Tag vermehren sich die Fragen.  
Die Aussicht auf den Winter wird stets trister.  
Wer weiss, wieviel uns bleibt noch zu ertragen!

Die Börsen ruhn; die Kurse fallen und fallen,  
und bänglich hört man's nah und ferne krachen.  
Der Pleitegeier lässt sein Lied erschallen.  
Kein Einziger weiss: Wie ist er stumm zu machen?

Und alles stöhnt und schreit nach goldenen Stützen.  
Das graue Elend regt mit hartem Besen.  
Wir stehen kühl - was soll das Jammern nüt en?  
Wir kennen das - bei uns schon dagewesen!

Bei uns geht's selbst auf Brechen oder Biegen.  
Wir haben tausend Leiden zu kurieren.  
Doch: Pfunde haben keine wir zu liegen - -  
und wer nichts hat, der kann auch nichts verlieren!

Walter Schirmeier.

SPD. Auf einen Schelmen anderthalbe.<sup>x</sup> Quantsch will sich ein Spässchen machen. Mit einem fröhlichen "Guten Morgen!" betritt er den Laden von Herrn Jansen.

"Guten Morgen! Womit kann ich Ihnen dienen?"

"Sie haben doch hier alles mögliche, nicht wahr! Da wollte ich Sie nun mal ganz ergebnst fragen, ob Sie auch Idioten auf Lager haben."

"Ob wir was haben?"

"Idioten! I-d-i-o-t-e-n !"

"Wozu denn?"

"Ich brauche eben einen. Ich bin schon in der ganzen Stadt vergeblich herumgelaufen und konnte nirgendwo einen auftreiben."

"So", sagt da Herr Jansen und ruft seinem Lehrjungen Franz zu: "Bring mal Packpapier und Bindfaden und wickle den Herrn da ein!..."

SPD. Daher der Name.<sup>x</sup> Karl Radek war einmal im Auftrage des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Berlin. Da wurde er von einem deutschen Kommunisten gefragt: "Wir lesen immer in der Zeitung von der Moskauer "Prawda" und "Iswestija"; was heisst das eigentlich auf deutsch?" Radek, ein sehr gründlicher Kenner der sowjetrussischen Presse, erklärte: "Prawda" heisst Wahrheit, und "Iswestija" heisst Nachrichten. Und, weisst Du, in der "Prawda" findest Du keine Wahrheit und in den "Iswestija" keine Nachrichten."

SPD. Entdeckung eines mittelalterlichen Freskobildes.<sup>x</sup> In der fast tausendjährigen, im romanischen Stil erbauten grossen Kirche San Pietro zu Ripoli (bei Florenz) wurde in der Wand des rechten Seitenschiffes eine vermauert gewesene Nische entdeckt, die ein wohlerhaltenes, kunstvolles Freskobild enthält.